

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

238 (13.10.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.60 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postkasseler 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag. Ausgabe: Wertig mittags; Geschäftszeit: 8-11 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.: 411. Adressen: Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleile od. deren Raum 30 A., Restamen 1.-M. zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag; Lokalanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 30 Vorm., für groß. Aufträge nach Gutd.

Roske gegen die Unabhängigen.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 9. November verächtliche der Redner der Unabhängigen, Herr Dr. Cohn, in der in seiner Partei üblich gewordenen Weise Deutschland und die deutsche Politik. Der Reichswehrminister Roske antwortete dem Herrn sofort. Aus dem amtlichen Stenogramm der Rede Roskes zitieren wir folgendes:

Roske, Reichswehrminister:

Meine Damen und Herren! Herr Cohn hat gestern — ich habe den ersten Teil seiner Ausführungen zu meinem Bedauern nicht gehört — davon gesprochen, daß mehr Personen als jemals in Schutzhaft seien. Ich stelle fest, daß für den Bezirk des Oberkommandos Berlin 22 Schutzhaftfälle vorliegen. Vier Schutzhaftlinge sind geflohen, davon einige mit gefälschten Papieren. Gegen Druckschriften ist in manchen Fällen allerdings eingeschritten worden. Leider sind wir heute noch in einem Zustande der Revolution und deswegen muß die Regierung darauf Bedacht nehmen. (Zuruf bei den U. S.: Leider!) (Lachen bei den U. S.) Sie sind etwa der Meinung, daß der Zustand der Revolution zu einer dauernden Einrichtung in Deutschland werden möchte. (Heiterkeit.) Gegen Gewalttätigkeiten, die gepredigt werden, hat die Regierung sich zur Wehr zu setzen. Deswegen ist z. B. noch in den allerletzten Tagen eine Zeitschrift verboten worden, die von einem Stump herausgegeben worden ist, in der in der üblichen Weise zu Pogromen aufgerufen worden ist. Aber ebenso wie wir nicht zusehen können und nicht dulden dürfen, daß aufgeführt wird, auf den Berliner Straßen Juden zu schlagen, dürfen und werden wir nicht dulden, daß dauernd der Versuch gemacht wird, Teile der Bevölkerung erneut zum Bürgerkrieg und zu Gewalttätigkeiten aufzurufen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Zu einer solchen neuen Revolution wollen aber die Parteifreunde des Herrn Cohn, wie Sie ja dauernd erklären, die Massen führen. Ich verweise auf Darlegungen aus allerletzter Zeit des Herrn Dr. Cohn, der allerdings damals vorsichtig hinzugefügt hat, daß für die Zeit der Gefahr die führenden Persönlichkeiten verschwinden müssen (große Heiterkeit), weil so wertvolle Leute sich für spätere Zeiten aufsparen müssen. (Hört! hört!) Gegen neuen Bürgerkrieg und Bürgerkampf glaubt die Regierung im Interesse des Landes und des deutschen Volkes Maßnahmen treffen zu müssen. Solche Maßnahmen sind außerordentlich unangenehm und an sich unerfreulich. Die Lage unseres Landes aber macht notwendig die Sicherungsmaßnahmen erforderlich, wenn wir nicht unser Land und unser Volk einer Katastrophe entgegenreiben lassen wollen.

Herr Cohn hat sich über Mißgriffe in dem Verfallungsweisen beschwert. In sich habe ich die Kontrolle über das Verfallungsweisen in Berlin dem Polizeipräsidenten während der Dauer des Übergangszustandes übergeben. Ich habe mir vorbehalten, in besonders liegenden Fällen einzugreifen. Es ist zuzugeden, daß bedauerlicherweise einzelne Mißgriffe vorgekommen sind. Es muß selbstverständlich berichtigt werden, sie zu vermeiden. Manche davon sind aber bei der Eigenart der Berliner Verhältnisse entschuldigbar, wenn auch durchaus nicht erwünscht.

Herr Cohn hat davon gesprochen, daß die deutschen Sozialdemokraten und die deutsche Regierung Vertrauen im Ausland, nicht zuletzt auch bei den ausländischen Sozialdemokraten, zu erlangen suchen müssen. Das halte auch ich für durchaus wünschenswert. Nur darf dieses Vertrauen nicht auf Kosten des eigenen Landes und des eigenen Volkes erworben werden. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den U. S.) Die Partei des Herrn Cohn ist kreditiert aber auf die Dauer das eigene Land, getrieben von einem fanatischen Haß gegen eigene Massengenossen, gegen die Mehrheitssozialdemokratie. (Lachen bei den U. S.)

Fortgesetzt — ich werde Ihnen den Beweis dafür gleich erbringen — machen die Unabhängigen das Ausland gegen Deutschland scharf, besonders in Bezug auf Militärfragen, durch die Aufstichung von fast durchweg unerwiesenen, falschen, direkt erlogenen Behauptungen. (Sehr richtig! Hört, hört! Erregte Zurufe von den U. S.) Wir brauchen in Deutschland Truppen an der Ostgrenze und wir brauchen leider auch Truppen im Innern des Landes. Der Einstrom des Kampfes auf den Schlachtfeldern, die vor einem Jahre stattfand, ist leider nicht schon der dauernde Friedenszustand gestiftet. Wenn die Berichte der Zeitungen zutreffend sind, hat der französische Ministerpräsident Clemenceau in einer Kammerrede erklärt, er würde nicht einen einzigen französischen Soldaten zum Schutze der deutschen Ostgrenze absenden. Das hat die deutsche Regierung selbstverständlich auch nicht erwartet. Deswegen müssen wir aber für den Schutz des deutschen Bodens selber sorgen. Leider steht die Tatsache fest, daß Polen dauernd seine Armeen vergrößert. Von amtlichen Stellen wird ganz selbstverständlich — es wäre ja der reine Selbstmord aus Völen keinerlei Kriegsmaterial geliefert. Es wird nicht in Abrede gestellt werden können — Feststellungen selber habe ich nicht treffen können — sonst würden solche Maßnahmen nicht gebildet werden können — daß in einzelnen Fällen Schieber — es gibt ja leider von dieser Sippschaft eine recht beträchtliche Anzahl in Deutschland — auch gelegentlich Kriegsmaterial über die Grenze schieben, selbst auf die Gefahr hin, daß diese Waffen dann gegen die deutschen Grenzen selber wieder kehren werden. (Zurufe.)

Wir werden die Truppen abbauen, so rasch es die allgemeine Lage gestattet. Oberpfalz, Westpreußen, Ostpreußen, sind so lange zu sichern, bis ein wirtschaftlicher Friedenszustand hergestellt worden ist. (Sehr richtig!) Von Deutschland kann doch wahrhaftig nicht gesagt werden, daß wir die Inflation des Friedenszustandes hinausgezögert haben. (Sehr wahr!) Die Ratifizierung ist in Deutschland in der kürzesten Frist vorgenommen worden. Wenn trotzdem der Kriegszustand immer noch fort-dauert, so ist das außerordentlich beklagenswert, aber nicht auf deutsches Schuldkonto zu setzen, sondern auf das Konto der Verhältnisse, die in den übrigen Ländern bestehen. Wenn der Friede ratifiziert ist, wird der Vertrag selbstverständlich von der deutschen Regierung lokal und korrekt erfüllt werden. Deswegen sollte die Partei des Herrn Cohn sich das raschüftige Demagogieren der Regierung und des eigenen Landes gegenüber dem Auslande wirklich allmählich scheuten. (Sehr richtig!)

Die Unabhängigen haben in Bezug auf nationale Würdelosigkeit doch so viel schon geleistet,

(Sehr richtig! Zustimmung), daß das wirklich nicht mehr übertroffen werden kann. (Erneute Zustimmung.) Das was Sie (zu den U. S.) in Ihrem Berliner Blatt tun, läuft doch im Grunde genommen auf die reine Stiefelerei für die siegreichen französischen Generale hinaus. (Sehr richtig! Zustimmung.) — Zuruf von den U. S.: Gemeinheit! Das Berliner Blatt der Unabhängigen überschlägt sich beinahe jeden Tag von neuem vor Eifer bei seiner Angeberei der deutschen Regierung und der deutschen militärischen Verhältnisse. (Sehr richtig!) Herr Cohn hat uns vorhin indirekt angegriffen, die englische Militärmission in Berlin festzunehmen oder in ihrer Betätigung zu behindern. Das dürfte nicht angehen. Aber ich überlasse dem hohen Hause folgendes zu beurteilen: „Die Freiheit“ bringt dieser Tage eine Notiz über die „Masseibolser Einfluß“, in dem davon die Rede ist, ein Weidenskopfmajor im Westen habe an den Major von Gilla, den Chef meines Stabes, ein Schreiben gerichtet mit außerordentlich bedenklichem Inhalt. Ganz selbstverständlich wird durch einen solchen Brief auf meine Entschliebung kein Einfluß ausgeübt. Dieser Brief aber mußte auch deswegen ohne Einfluß bleiben, weil er schon im Gänze ist abgelesen worden ist, von einem fahnenflüchtigen Reserveoffizier, der als Kurier diente, in englische Hände geliefert worden ist. Daß dieser Brief in englischer Hand war, ist absolut einwandfrei festgestellt. Wenige Tage später erschien er in der Berliner „Freiheit“, dem Organ der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie. (Stimmliche Zurufe: Hört, hört! — Zuruf von den U. S.: Was wird damit bewiesen?)

Meine Damen und Herren, wie die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie und ihre Propaganda dauernd bemüht sind, gegen Deutschland Stimmung zu machen, Mißtrauen gegen Deutschland im Auslande zu säen, beweist z. B. eine Notiz in der „Freiheit“ noch aus den letzten Tagen, vom 6. Oktober. Dort wird demontiert, daß entgegen meinen Versicherungen Werbungen für die Reichswehr vorgenommen werden. In Wirklichkeit konnte in dieser Notiz mitgeteilt werden, daß eine Matrosenmission Werbungen vorgenommen hat. Die Matrosenmission ist nicht ein Teil der Reichswehr, sondern gehört zur Marine. (Lachen bei den U. S.) Der Matrosenrat, der dem hohen Hause in den nächsten Tagen zugehen wird, ist hartnäckig nach den Bedingungen des Friedensvertrages aufgestellt, der uns eine Mannschaft von 3000 Köpfen in der Marine läßt. Werbungen stehen nicht im Widerspruch mit den Friedensbedingungen, sondern wir sind ja leider durch die Artikel des Friedensvertrages auf Werbungen angewiesen, da ja auch die Leute in der Marine rekrutiert werden, 12 Jahre zu dienen. Also werden gelegentlich auch junge Leute auf längere Dienzeit in der Marine eingestellt.

Im gleichen Tage betreibt das Blatt der Partei des Herrn Cohn seine Heereien gegen die Reichswehr in einem anderen Artikel unter der Überschrift: „Lüttich will nicht abziehen.“ Der Sachverhalt ist, daß der General Lüttich im Juli dieses Jahres in einem Schreiben an verschiedene Reichsstellen darauf hingewiesen hat, daß es aus innerpolitischen Gründen nicht ratsam sei, die Truppen während des Winters auf 100 000 Mann zu verringern. Ich stehe nicht an, hier vor aller Öffentlichkeit, wie ich das auch an anderer Stelle getan habe, darauf hinzuweisen, daß eine Verringerung in der Form, wie es der Wortlaut des Friedensvertrages vorsieht, außerordentlich beabsichtigt wäre, und daß es ratsam wäre, den Versuch zu machen, durch Verhandlungen einen anderen Abzug des Heeres herbeizuführen. Wenn die Ratifizierung des Friedens etwa erst in den nächsten Wochen oder gar Monaten erfolge, würden wir ja genötigt sein, von den nicht ganz 400 000 Leuten, die jetzt in der Reichswehr und im Offizierdienst sind, innerhalb der schwersten Wintermonate, wo die Arbeitslosigkeit an sich schon groß genug ist, wo auch sonst im Innern mit politischen Schwierigkeiten gekämpft werden kann, weitere 300 000 Leute auf die Straße zu setzen. Das sind Erwägungen, die gar nicht geheim anzu stellen sind und auf die der General v. Lüttich pflichtschuldig hingewiesen hat. Der wesentliche Inhalt seines Berichts lautet:

Es wäre deshalb dringend darauf hinzuwirken, daß als frühesten Termin für die Herabsetzung auf 200 000 Mann von

seiten der Entente der 1. April zugestanden wird, um einen allmählichen Abzug zu ermöglichen. Das beweist nicht, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht erfüllt und nicht erfüllen will, sondern es beweist lediglich, daß der führende Offizier in dem ersten Gruppenkommando mit der Aufmerksamkeit, die eine Pflicht seines Amtes ist, sich um innere militärische Angelegenheiten gekümmert hat.

Ich behaupte, daß das, was die unabhängige Presse tut, gerade in Bezug auf unsere militärischen Angelegenheiten, über die ich im einzelnen heute nicht weiter reden will, geradezu verhängnisvoll für Deutschland und dadurch nicht zuletzt auch für die deutschen Arbeiter wirkt. Keiner der Redner, die in der französischen Kammer am 3. dieses Monats bei der Beratung über den Entwaaffnungsantrag Lesebre sprachen, hat die militärische Lage Deutschlands richtig beurteilt und dargestellt. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die stärksten Heereten gegen Deutschland sich mehrere sozialistische Abgeordnete geleistet haben; (Hört! hört!), sie machten sich zum Sprachrohr der Lügen und der Unwahrhaftigkeiten deutscher unabhängiger Zeitungen. (Hört! hört!) Ein Franzose, der die Stimmung seines Landes, besonders die Pariser Presse genau kennt, sagte mir erst vor wenigen Tagen: in Frankreich nimmt man alles gläubig auf, was die Berliner „Freiheit“ schreibt; kein Blatt wird so oft mit Behagen von der kriegsbegeisterten, chauvinistischen französischen Presse zitiert wie die Berliner „Freiheit“. (Sehr richtig! Zustimmung.) Frankreich macht sich von Deutschland ein solches falsches und verzerrtes Bild. Das zeigte ganz deutlich die Art der Beratung und die Reden über den Antrag Lesebre in der französischen Kammer. Ich kann mich natürlich bisher nur an die kurzen Zeitungsmeldungen über die Sitzung vom 3. dieses Monats halten. Wieder ist dort von 800 000 deutschen Soldaten die Rede gewesen. Das ist, wie ich noch einmal feststelle, mehr als eine Verdoppelung der richtigen Zahl. Der Sozialist Longuet hatte wenige Tage vorher noch von 1 200 000 gesprochen; mit lebhafter Phantasie hat er noch 200 000 Mann hinzugefügt zu der Million, von der der deutsche unabhängige Führer Crispian auf dem internationalen Kongress gesprochen hatte. Cohn redete am 3. Oktober in der Kammer von ungeheuren Anwerbungen von Freiwilligen in Deutschland; er betete den Schwindel der „Freiheit“ und anderer unabhängiger Zeitungen nach. (Zurufe von den U. S.: Rechtssozialistische Presse in Ostpreußen!) Wenn in der rechtssozialistischen Presse gelegentlich etwas geäußert hat, so ist das noch lange kein Beweis, daß die dort geäußerten Auffassungen in jeder Beziehung richtig sind. Im übrigen mache ich gar kein Geheimnis daraus, daß bei der Beurteilung von manchen militärischen Dingen an sehr vielen Stellen falsche Auffassungen bestehen.

Wahr ist in Bezug auf die Werbungen, daß die Werbungen für die Reichswehr seit etwa 1 1/2 Monaten fast reiflos eingestellt worden sind. (Zuruf von den U. S.: Ja!) Fast reiflos, das braucht Frau Luise Fick nicht zu wissen, man redet am besten über solche Dinge, wenn man am wenigsten Ahnung davon hat. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Niemals ist davon gesprochen worden, daß nur im Januar oder Februar in Deutschland für Kurland gewonnen worden ist! Ich weiß, daß solche Werbungen länger stattgefunden haben. Sie haben leider auch heimlich dann fortgedauert, als es die Regierung schon verboten hatte. Leider herrscht auf vielen Gebieten ein großes Maß von Unbotmäßigkeit. Es ist, zu meinem Bedauern, nicht möglich, überall die Werbungen so schnell abzu-drehen, wie es wünschenswert gewesen wäre, denn ich bin überzeugt, daß keiner von den Leuten, die heute nach Kurland gehen, irgendwie Aussicht hat, die Erwartungen erfüllt zu sehen, die gesetzt worden sind. Es sind zweifellos russische kriegserfahrene Leute in Deutschland, sowie uns russische Volkshewissen leider auch noch in beträchtlicher Anzahl im Lande sitzen oder ins Land kommen, denen wir nicht so schnell das Handwerk legen können, wie es an sich im Interesse der Ruhe und Sicherung unseres Lebens erforderlich wäre. (Sehr richtig!) Ich gebe Herrn Dr. Cohn auch zu, daß von solchen Leuten eine Anzahl in Gewahrsam ist. Ich brauche gar nicht zu versichern, daß die Regierung nicht gewillt ist, diese unerwünschten Gäste auf unser Volk loszulassen. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Die Betätigung solcher Leute in München hat abflehend genug gewirkt. (Sehr richtig! bei den U. S.) Wir wollen uns Münchner Zustände von russischen Volkshewissen in anderen deutschen Städten nicht schaffen lassen. (Sehr richtig! und Bravo! v. d. D. Dem. und bei den U. S.) An dem Tage, an dem die Möglichkeit besteht, diese Leute ungefährdet durch die Gebiete hindurchzubringen, die sich jetzt zwischen Deutschland und Rußland erstrecken, werde ich mit größter Beschleunigung dafür Sorge tragen, daß diese Herren ihrer Heimat wieder gegeben werden. (Heiterkeit und sehr gut! rechts, im Zentrum und links.) Gejagt habe ich einmal, daß ich im Januar und Februar so viel zu tun gehabt habe infolge der Unordnung im Innern Deutschlands, daß ich mich damals um die Vorgänge in Kurland nicht kümmern konnte.

Nach ein paar Worte über die kurländische Sachel Eine Zeitung hat — sie möge mir diese Anleihe bei ihr entschuldigen — am Montag die Politik der Unabhängigen, außerordentlich dieses Hauses natürlich, nicht übel mit dem Verhalten eines dummen August verglichen, der sich entweder finnisches nützlich benimmt oder aber mit fliegenden Moskowschen hinter den Leuten

Seite 2
enden
658g
Wäsche
bei achtziger
Wachanstalt
Morpp
Stellen:
Wilhelmstr. 5,
rasse 34 u. 243,
rasse 46,
rasse 15,
rasse 64,
rasse 32,
rasse 13,
rasse 18,
rasse 87,
rasse 1.
rasse 18,
rasse 15.
leidende!
Buchband
„Lilkar“
gesch.
st das
vergessen!
Sie kosten
hilfrende
thre von
Inverzagt
i. B. 22.
reiter sucht
Bl. Zimmer
um Preise von
Monat. Angeb.
7 an das Volks-
erbeten.
Ehle mich
kauf von
Uniformen
tsachen
r. Art
he usw



heraus, die ordentliche Arbeit machen, um so zu tun, als ob er auch etwas leistet. (Große Heiterkeit.) In der haktischen Frage haben die Unabhängigen nur Reden oder direkte Unwahrheiten aufgestellt. Sie haben niemals vorstellig werden können, wie die Schwierigkeiten, über die ich mir vollständig klar bin, rasch überwunden werden können, ohne daß noch weiter Unheil für unser Land entsteht. Jeden gangbaren Weg, den man mir weist, so weit militärische Dinge in Betracht kommen, werde ich sehr gern beitreten. Aber, wenn ich mich darauf beziehen darf — Herr Cohn hat ja ebenfalls heute seine Vorlesung gemacht —, der Aufruf der Parteileitung der unabhängigen Sozialdemokratie vom Sonntag ist nach meinem Empfinden einfach lächerlich wegen seiner inneren Widersprüche. Daß Forderungen gestellt werden, die eine schlechte Wiedergabe von Befehlen darstellen, die ich eine ganze Reihe von Tagen vorher gegeben habe, ist an sich nicht weise. Aber ich werde auffordern, den Widerstand der Truppen sofort zu brechen. Ja, wenn ich wüßte, wie man das Kunststück fertig bringt, dann würde ich auf den Rat der unabhängigen Sozialdemokratie nicht gewartet haben, sondern hätte schon selber danach gehandelt. So, wie die Worte da stehen, sind sie Leeres Geschwätz. Daß ich eine Armee nach Russland schicke, das erwartet die „Freiheit“ doch nicht. Beim ersten Transport von Soldaten nach dem Osten ginge doch ein Kriegerdienst los, nun würden noch mehr Leute über die Grenze geschickt. Aber ich bin mir auch darüber klar, daß ich aller Wahrscheinlichkeit nach keine Truppe in Deutschland aufstreiben könnte, die ich verladen könnte mit dem Befehl, nun in Ostpreußen Krieg gegen Landeslinder und gegen deutsche Brüder zu führen. (Lebhafte Zustimmung von rechts bis zu den Sozialen.) Also, es muß der Versuch gemacht werden, diesen fürchterlichen Knoten durch andere, unblutige Mittel zu lösen. (Ermüdete Zustimmung. — Zurufe von den U.S.)

Eine sofortige Sperrung der Lebensmittel ist mir zwar angetan worden; aber mit Rücksicht auf das lettische Land halte ich auch diese Maßregel zur Zeit noch nicht für anwendbar. (Sehr richtig! bei den Dem.) Die sofortige Sperrung der Lebensmittel würde natürlich Plünderungen der Truppe zur Folge haben. (Sehr wahr! bei den Dem. und Sozialen. — Zuruf von den U.S.: Als ob die nicht auch so hätten!) Ich gebe zu, Frau Luitz, daß unter den Leuten manch einer ist, an dem wir keine Freude haben. Aber stellen sie sich auch einmal vor, wenn der Mann aus der Heimat gar nichts mehr zu essen bekommt, wie der über die lettischen Lebensmittel und Viehbestände hergeht. Also es ist eine Sicherungsmaßregel im Interesse des lettischen Landes, das wir möglichst unberührt verlassen wollen, wenn der Truppe bisher die Verpflegung weiter geliefert worden ist. Für Schweden, der im Lande entsteht, würde natürlich sowieso auch das deutsche Volk aufkommen müssen. Also es muß schon vorfristig verfahren werden.

Es ist von den Herren Unabhängigen in ihrem Aufruf von uns gefordert worden, den Konflikt mit der Entente sofort zu beenden. Das sagt dieselbe Partei, deren Redner Herr Cohn uns vorhin empfohlen hat, mit der englischen Militärmission in Berlin Schlitten zu fahren, (Heiterkeit im Zentrum, bei den Dem. und Sozialen.) Also die Herren Unabhängigen sind nicht in jeder Stunde gleichmäßig darauf bedacht, Konflikte mit der Entente zu vermeiden und die Entente stets zu friedlich zu stellen.

Die Alliierten Regierungen — das möchte ich ganz kurz wenigstens in diesem Zusammenhang betonen —, die jetzt gegen Deutschland erneut mit Blockade und anderen Zwangsmaßnahmen drohen, sollten nicht vergessen, daß sie monatelang gefordert haben, daß die deutschen Truppen im Baltikum bleiben sollten. (Sehr richtig!) Nun könnten wir von ihnen auch wohl etwas mehr Verständnis für die allmählich entstandenen außerordentlichen Schwierigkeiten erwarten.

Wie töricht — wenn ich von dieser unabhängigen Umgebung noch mit einem Satz sprechen darf — die Forderungen sind, die dort erhoben werden, sei daran gedacht, daß zwar die sofortige Zufriedenstellung der Entente gefordert wird, daß der Abg. Cohn dann aber wieder fordert, daß wir die sofortige Herstellung des Friedenszustandes mit der Sowjetrepublik herbeiführen. Ich glaube, ich bin von den Mitgliedern der Regierung der erste gewesen, der in der Nationalversammlung in Weimar über unser Verhältnis zu Russland gesprochen hat und ich habe im Austrage

und in absoluter Uebereinstimmung mit sämtlichen Mitgliedern der Regierung damals zum Ausdruck bringen können, daß wir selbstverständlich so rasch wie möglich einen geordneten, geregelten, friedlichen, freundschaftlichen Zustand mit Russland wünschen. Aber was die Forderung des Herrn Cohn jetzt bedeuten soll, daß wir in geregelte Rechtsbeziehungen zur russischen Regierung treten sollen, das zeigt doch wieder von einer erbarmungswürdigen politischen Unreife. Die Entente verbietet uns jede Vereinbarung mit Russland. Das steht im Friedensvertrage ausdrücklich drin. Folglich, wenn wir also dem Rat, den Herr Cohn gibt, so hätten wir sofort neue Konflikte. (Hört! hört! bei den Sozialen.) Solche Forderungen können in den Zeitungen geschrieben und gedruckt werden, aber eine Regierung darf nicht so töricht handeln, und wir geben Ihnen die Zusicherung, daß wir bemüht sein werden, durch entschlossenes Handeln neues Unheil von unserem Lande abzuwehren. (Lebhaftes Bravo!)

Politische Uebersicht.

Das Verbot von Zeitungen.

Die Berliner unabhängige „Freiheit“ hatte durch Abdruck eines über alle Maßen gebissigen und skrupellosen Aufsatzes der Parteileitung der Unabhängigen sich dazu hergegeben, das Attentat auf den Abg. Cohn in der schändlichsten Weise zu einer Hege gegen die Regierung zu benutzen. Daraufhin ist die „Freiheit“ auf drei Tage verboten worden. Es ist gewiß kein Wort scharf genug, um das Verhalten der Unabhängigen zu beurteilen, aber das Verbot ihrer Zeitung ist gleichfalls zu beurteilen. Einmal muß ein Verbot für drei Tage gar nicht, wirkt vielmehr agitatorisch für die verbotene Zeitung; zweitens kann man mit solchen Verböten politische Auffassungen nicht bekämpfen und drittens ist das Verbot ein Eingriff in die Pressefreiheit, der zurückgewiesen werden muß. Fordert eine Zeitung offen und unzweideutig zur Gewalt auf, dann läßt sich natürlich über ein Verbot reden, weil dann einfach Notwehr vorliegt. Im übrigen sollte sich die Regierung und sollten sich die Behörden darauf beschränken, wenn sie eventuell Strafantrag zu stellen. Dabei zu bemerken ist, daß auch das nur in äußersten Notfällen zu geschehen hat. Wir verlernen durchaus nicht die Gefahren, die durch Treiben, wie sie wieder die „Freiheit“ befehle, entstehen können, aber mit Verböten der Zeitung ist die Gefahr nicht gebannt. Und dann müssen wir endlich doch auch wieder zu Zuständen kommen, die das Erscheinen einer Zeitung nicht in das Ermessen der Regierung oder ihr untergeordneter Organe stellt. Die sozialdemokratische Fraktion hat denn auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie das Verbot der „Freiheit“ nicht billigt und für die Pressefreiheit eintritt. Im vorliegenden Falle wirkte das Verbot um so unangenehmer, als in dem Moment, wo es wirksam wurde, gegen die „Freiheit“ wie auch gegen die unabhängige Sozialdemokratie scharfe Angriffe erhoben worden sind, gegen die sich die Partei nun für drei Tage nicht erfolgreich zur Wehre setzen konnte. Wir sind für den scharfen Kampf gegen die unabhängigen Treiber, aber wir verlangen auch, daß die Unabhängigen in voller Freiheit und unter den gleichen Bedingungen der Bewegensfreiheit sich zur Wehre setzen können wie diejenigen, von denen sie angegriffen werden. Wir hoffen, daß dieses Verbot das letzte ist und würden jede Wiederholung aufs entschiedenste bekämpfen.

Das unerhörte Polizeiregiment der Franzosen in Saarbrücken.

Aus dem Saarrevier erfahren die „P. B. M.“: Seitdem der belästigte Polizeikommissar Simon der Nachfolger des stellvertretenden Polizeikommissars Lang geworden ist, haben sich die polizeilichen Zustände geradezu schandbar gesteigert. Nach der Meinung dieses Reviers, die er in der „Ostsee“ Zeit vertritt, gibt es nur ein Mittel, mit Deutschen zu verfahren: Das ist die Gendarmenpolizei. Und diese wendet er im reichsten Maße an. Er kommt von der unglücklichen Fülle dieser unerhörten

Verhandlungen, die sich auf dem französischen Sachverständigenbüro und im Volksgewaltamt abspielen, sehr wenig an die Öffentlichkeit. Die Leute sind demnach eingeschüchtern, daß sie alles vermeiden, ein zweites Mal mit diesen Gewaltmenschen in Berührung zu kommen, der seine Vorbildung bei der französischen Fremdenlegation genossen hat. Anspitzen, Faustschläge, Pfeifenschieße, Fußtritte, darin besteht die allgemeine Behandlung, welche die Bevölkerung wegen geringfügigster Uebertretungen der Befehlsvorschriften zu erdulden hat. Dies wird immer noch schlimmer, je weiter die Ausweisung der deutschen Polizeibeamten fortgeschritten von denen vor kurzem an einem Tage nicht weniger als 17 Stück ausgewiesen worden sind. Auch aus anderen französischen Befehlshabern kommen ähnliche Meldungen. Das ist die Kulturnation, die sich um so viel höher dünkt als die Deutschen.

Freie politische Betätigung der Beamten.

Die „Deutsche Zeitung“ hält es für gütlich, die Debatte über den Beamtenreid, die durch die mehrfachen Erklärungen der Regierung hinfällig geworden ist, wieder zu eröffnen. Sie fragt, ob nach Ansicht der Regierung Reichs- und Staatsbeamte das Recht haben, einer derjenigen Parteien anzugehören, die nach ihrem Programm die Wiederherstellung der Monarchie erstreben und insbesondere das Recht, einen Abgeordneten dieser Parteien zur Nationalversammlung zu wählen. Darauf ist zu antworten, was bereits mehrfach festgestellt worden ist, daß selbstverständlich jeder Beamte einer der gemeinteten Parteien angehören darf, daß er ebenso das Recht hat, einen Abgeordneten dieser Parteien zu wählen. Jeder Beamte hat vollkommen politische Freiheit, so weit er die Verfassung achtet. Und insbesondere sein Amt nicht missbraucht, um eine von der Verfassung abweichende politische Tätigkeit zu üben. Dabei ist besonders zu bemerken, daß vor allem kein Beamter sich unterfangen darf, den ihm nachgeordneten Stellen die Rechte, welche die Verfassung gewährt, zu schmälern.

Schlechte soziale Lage der Arbeiter in Polen.

Aus Oberschlesien, wo in den letzten Tagen zahlreiche Bergarbeiterversammlungen stattfanden, wird den „P. B. M.“ gemeldet, daß die Arbeitervertreter in ihren Reden vor allem die unglücklich schlechte soziale Lage der Arbeiter in Polen hingewiesen haben. Es wurden Entschlüsse gefasst, in denen die Teilnehmer der Versammlungen sich einstimmig für das Verbleiben bei Deutschland erklärten und gleichzeitig ihren Entschluß festlegten, politische Streiks nicht mehr zu veranstalten. Die größte dieser Versammlungen war in Königshütte.

Serbien.

Eine republikanische Mehrheit in der Sbranje. Die neue Sbranje besitzt eine republikanisch-liniszozialistisch orientierte Majorität. König Boris wird nur noch von der Entente gestützt. Die früheren Regierungsparteien sind so ziemlich verschwunden. Die Kammer setzt sich etwa folgendermaßen zusammen: ca. 90 Mitglieder der Vornepartei unter Führung von Stambuliski, der unter Radostanow zum Tode verurteilt war; ungefähr 80 Demokraten unter Malinoff, der aber selbst gegenwärtig krank ist, so daß die Führung der Partei in der Hand Nisapoff's liegt; etwa 80 Sozialisten; 10 alte Narodniken und 12 radikale Demokraten, sowie einige kleinere Parteien. Stambuliski ist die Bildung der Regierung angetragen worden.

Rußland.

Eine alliierte Note gegen Rußland. Wien, 11. Okt. Eine dem hiesigen Staatsamte für Auswärtiges zur Kenntnis gebrachte Note der Alliierten fordert die Regierungen von Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Finnland, Spanien, der Schweiz, Mexiko, Columbien, Venezuela, Chile und Argentinien auf, unverzüglich strengste Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Staatsangehörigen zu verhindern, irgendwelche Handelsbeziehungen mit dem bolschewistischen Rußland aufzunehmen.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

„Schlagt ihn tot!“ heulte einer. Und zehn andre griffen den Ruf auf: „Schlagt ihn tot, schlägt ihn tot!“ Sie gingen an, zu laufen. Sie, dem drohenden Berg da auf den Kopf gespuckt! Nach Niemczyce hinunter ging die Jagd. Ahnungslos träumte der See, und das Haus schlief auch. Das Hoftor stand offen, die Laterne zeigte den Weg. Schon waren sie im Hofe, schon vor dem Hause, als ihr Schrei des Triumphes sie ankündigte. Nun hatten sie ihn sicher, den deutschen Spion, den Verräter, den Völkfeind! Ein Keifen an der Klingel, und dann ein donnernder Faustschlag, vom Vordersten mit aller Gewalt gegen die Tür geschmettert, weckten ein dröhnendes Echo im stillen Haus. „Hi, nicht so laut!“ Häuler Jezierski, der Hausbewohner von Lehrer Ruda, er, der die neun Kinder hatte, und dessen Weib das zehnte erwartete, hielt seinem Vordermann beim zweiten Ausholen die Faust fest: „Bruder, nicht gar so gewaltig, ein Weib schläft darinnen und kleine Kinderlein!“ „Daß dich der Donnerstein erschlage!“ schrie der also Beförte. Aber der zweite Schlag war nun doch wenigstens hin Klopfen zu nennen. „Se aufgemacht, wir wollen den Niemczyce sprechen! He, he! He, Antwort, ist der Herr zu Haus?“ Das Fenster oben im ersten Stockwerk, das gerade über der Tür gelegen war, klirrte leise. „Der Herr ist nicht zu Haus!“ antwortete eine helle Stimme von oben herab. „Wo ist er denn?“ „Nach Berlin gefahren!“ „Wir glauben es nicht! He, aufmachen soll er! Aufmachen soll er! Auf den Hof kommen soll er! Der Feigling, der Schächer, das Schwein! He, he, he, aufgemacht! Möge dich der Blitz zerhacken! Daß dich der Donner erschlage! Mögen dich hundert helle Blitze treffen! Möge

dich der schweflige Blitz anstecken! Niemczyce, komm heraus!“ Die Tür öffnete unter den Faustschlägen; unter Fußtrittten erzitterte sie. „He, Niemiec, Niemiec, du Hundebut!“ Der aus diesem Schummer geschredete Inspektor hatte nicht noch genau ans Fenster kommen können: schlurrtun taumelnd rief er es auf; was ging da vor am Hauptbau? Träumte er noch, tobte da nicht eine Bande? Verbrannte? Was wollten die? Er schrie ihnen zu, sie hörten ihn nicht. „Niemczyce, Spion, Verräter, verfluchter Niemiec!“ Ein Steinwurf mußte eine Scheibe getroffen haben, Scherben klirrten. Das waren die diden Milchglascheiben der Haustür! „Leute, seid ihr des Teufels?“ Der Inspektor war in die Kleider gekommen, er wußte nicht wie; die steile Stiege des Seitentürflügels stolperte er im Dunklen herunter, seine alten Füße wollten ihn kaum so rasch tragen. Jetzt war er am Plage: „Leute, Leute!“ Er drängte er zwischen den Häufen, es gelang ihm, die Freitreppe zu gewinnen. Die Arme hob er beschwörend: „Leute, was fällt euch ein? Ruhe! Was wollt ihr denn vom Herrn?! Der Herr ist nicht zu Haus!“ „Glauben wir nicht! Der Niemczyce soll kommen, hierher, zur Stelle! Niederhauen werden wir den Herrn wie einen Hund! Wie einen Hund, den Herrn! Hierher, hierher!“ Sie stampften mit den Füßen. Durchs Dunkel, das schwacher Laternenchein mühselig durchzitterte, blühten ihre Augen wie Augen von Raubtieren, die lange hinter Eisenstäben gefesselt haben. Ihr Atem dünnste Alkoholgeruch aus. Aber sie waren noch nicht völlig trunken, noch nicht in der Trunkenheit, in der der Geist schon schläft und der Körper sich willenlos schleichen läßt. Hoppe jabs mit Schreden: die hier waren gefährlich! Was tun?! Wo steckten denn die Anechte?! Wiehen sich die denn nicht leben zum Bestand? Drüben, ganz nah, schiefen doch die Farnal in den Herdfeuern?! „Fornal, Fornal!“ Keiner kam. Und wohnte dort bei der Schmelde nicht der deutsche Stellmacher Krauz?! „Krauz, Krauz!“ Er schrie. „Halte dein Maul, du Kalbaunenfresser!“ Ein harter Schlag traf seinen Mund. Um Gottes willen, wenn die hier das Haus demolieren? Wenn sie nur die Fenster einschlagen und die Kinder entsetzen, das war schon des Unheils genug. Die Knaben waren allein zu Hause, die Herrschaft abwesend! Mit ausgebreiteten Armen sprang der alte Mann vor die bedrohte Tür. „Leute, Leute, macht euch nicht unglücklich!“ Er rief es flehentlich. Sie lachten schallend. Erregt streckte er ihnen abwehrnd die Arme entgegen: „Scheret euch vom Hof, dalej!“ Ein herber Stieb auf seine ausgebreiteten Arme befehlte ihn, daß der Kommandoton heute gar nicht am Plage sei. „Scher du dich! Geh zum Teufel!“ Wie eine Welle drängte es gegen ihn an. Für einen Augenblick sah er sich ganz umgeben von drohenden Häufen; er fühlte sich von der Freitreppe heruntergerissen — er verlor den Boden unter den Füßen — jetzt, ein Rutschen, ein Schwung — weit lag er, zur Seite geschleudert, unten auf dem Pflaster. Da stieß er einen langgezogenen Schrei aus, der das rauhe Geschwirr der tobenden, jauchzenden, schimpfenden, lachenden, fluchenden Stimmen, das laute Getrampel der vielen stampfenden, wie besessen springenden und hüpfenden Beine überdönte: „Zu Hilfe!“ Er versuchte, sich aufzuraffen. Um Gottes willen, die Kinder, die Kinder! Alle Glieder schmerzten ihn, sie waren ihm wie zerbrochen; es gelang ihm, einen Ellbogen aufzustemmen, aber seine Beine befragten, er kam noch nicht auf die Füße. Einen angstvoll spähenden Blick fandte er umher — nichts, nur die Nacht! Niemand kam! Als seien die Anechte gestorben. Verzweifelt rang er, aber halb aufgerichtet mußte er am Boden bleiben. Ueber ihn weg kramten die Stakenben, er fühlte ihre Tritte auf seinen Händen. Alle stürmten jetzt die Freitreppe hinan. Die Tür kratzte. Die Kinder, um Gottes willen, die Kinder! „Zu Hilfe, zu Hilfe!“ (Fortsetzung folgt.)

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 11. Oktober.

Die politische Debatte, ihre Gefahren und ihre Lehre.

Die dreitägige allgemeine politische Debatte in der Nationalversammlung stand im allgemeinen auf keinem hohen Niveau, aber sie war trotzdem politisch ungemein wertvoll. Wer lernen will und zu urteilen vermag, konnte viel aus ihr lernen. Die Unabhängigen haben unerschrocken erkennen lassen, daß ihnen jedes Mittel recht ist, von dem sie glauben, es könne zum Sturz der Regierung, und darüber hinaus zur Beseitigung und Zertrümmerung Deutschlands führen. Die heftige Rede und der Heißfuß der Unabhängigen sind nunmehr klare Beweise, falls es noch solcher bedürft hätte.

Auf der anderen Seite haben die um die Konservativen gesparten Monarchisten keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ebenfalls alles anzubieten bereit sind, um die Regierung zu stürzen und mit Hilfe des Glens und des Hohenlohe's die Demokratie zu beseitigen. Versuchen Unabhängige und Monarchisten die Mannschaften der Reichswehr zu gewinnen oder zu demoralisieren, so haben die Reaktionskräfte die Offiziere auf dem Marsch durch die Wälder durch fortgesetzte Streifzüge über Wirtschaftslagen zum Zusammenbruch zu bringen, so würden die reaktionären Monarchisten die Landwirte auf, damit unter Ernährungsweisen isoliert wird, die Städte ausgenommen werden. Hierfür die Unabhängigen durch betrübte Lügen über angebliche Umgebungen des Friedensvertrages der Entente Material zum Vorwachen gegen Deutschland, um unsere reaktionären Monarchisten genau das gleiche, indem sie eine Politik vertreten, die die Entente in Mißtrauen erhalten muß. Und das reaktionäre Treiben unterbindet immer wieder die Anlässe von Vertrauen zu Deutschlands Wiederaufbau, ruiniert unsern Kredit schließlich vollständig und liefert das Volk fürchterlichem Glend aus.

Der äußersten Rechten wie der äußersten Linken ist diese Wirkung völlig gleichgültig, die Hauptfrage ist beiden, die eigenen Interessen zu fördern. Wie die äußerste Rechte von der zerstörenden Tätigkeit der äußersten Linken die Wegblockierung zum Ziele erhofft, so wiederum die äußerste Linke von dem Verhalten der Reaktionskräfte. So arbeiten sie einander in die Hände, wenn auch aus verschiedenen Motiven heraus. Es wäre ganz töricht, die schwierige Lage und die Gefahr zu verkennen, die daraus für das Land und für das Volk erwächst — und schon entstanden ist. Das Bürgerium ist zu einem Teil wieder politisch bequemer geworden, die Arbeiterchaft, in drei Lager zerrissen, zerstreut sich selbst. Die Demoralisation hemmt den Wiederaufbau und droht vollends einzureißen, was noch fehlt. Die Regierung vermag sich unter diesen Bedingungen nur sehr schwer durchzusetzen, das Staatsbüßel freit manchmal inmitten der furchtbaren Ereignisse und infolge der unaufhörlichen Meutereien an Bord. Es hat bisher der ganzen Kraft und Energie gerade der Sozialdemokraten in der Regierung bedurft, um eine Katastrophe zu verhindern.

Die Debatte in der Nationalversammlung können enorm viel zur Rettung beitragen, wenn endlich die erünten und pflichtbewußten Männer und Frauen im Volk die Gefahr erkennen und dann aktiv zur Rettung tätig sind. Noch ist es Zeit, aber lange darf es so wie bisher nicht weiter gehen. Auf uns lastet zu viel Glend und der Haß und die Brutalität der Gegner im Innern ist zu groß und zu gefährlich, als daß wir das innerpolitische Durcheinander noch länger ertragen können. Wir warnen immer wieder, wie wir auch früher rechtzeitig gewarnt haben. Man hat uns früher nicht rechtzeitig Gehör gegeben, die Katastrophe kam. Warnen wir auch diesmal umsonst, dann wehe uns allen!

Sitzungsbericht.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 120 Uhr. Vorlesung der Begründung des Haushalts (Kolonialministerium).

Abg. Kadon (Str.) berichtet über die Ausschüßverhandlungen und gibt dem Schmerze und dem Bedauern des Ausschüßes über den Verlust der Kolonien Ausdruck.

Kolonialminister Dr. Bell.

Als borausichtlich auf längere Fehler Kolonialminister vertrete ich meinen Etat mit hitzeren Empfindungen. Das Ministerium kann nicht von heute auf morgen abgebaut werden. Die Ausführung des Friedensvertrages, die Abwicklung der Geschäfte, die Angelegenheiten der Schutztruppe und die Entschädigung der Kolonialdeutschen müssen erledigt werden. Die Liquidation wird schnellstens erfolgen. Es ist Ehrenpflicht für die Beamten angemessen zu sorgen, zumal es sich um einen wichtigen, geschulten und zuverlässigen Beamtenkörper handelt. Ich danke den Beamten auch hier für ihre treue Tätigkeit.

Die Durchführung des Gesetzes betr. die Liquidation der Schäden muß schnell erfolgen. Die gewalttätige Wegnahme unserer Kolonien erfolgte, weil wir angeblich nicht fähig gewesen seien, Kulturarbeit zu leisten. Dagegen protestieren wir. (Beifall.) Die französischen Sozialisten erkannten ebenso wie die Neutralen, daß diese Entziehung unserer Schutzgebiete und unserer Kolonialvermögen eine schlechte Handlung und ein schlechtes Geschäft gewesen sei. Die Eingeborenen sind uns bis zum letzten Augenblick treu geblieben, in Ostafrika, in Südost und in Kamerun. Die Kameruner Eingeborenen haben aus Furcht, in die Hände der Franzosen zu fallen, an uns das bringende Erbe übergeben, ihr Schicksal mit uns zu teilen. Nur so konnten unsere Truppen sich dort halten. Als uns die Briten ausgingen, wollten 600 000 Kameruner mit den Truppen über die spanische Grenze gehen. Mögen ihnen aus ihrer Treue keine Nachteile erwachsen. (Beifall.) Wir danken auch der Schutztruppe, den Beamten, den Kolonialdeutschen und den Eingeborenen. Die deutsche Kulturarbeit wird sich nicht vernichten lassen.

Abg. Dr. Böhmert (Dem.) meint, wir müßten festhalten an den Ansprüchen auf unsere Kolonien.

Abg. Laverrens (N.D.): Die Beamten des Kolonialministeriums müssen möglichst dem Ministerium für Wiederaufbau zugewiesen werden. Die Abfindung der nicht unterzubringenden Beamten müsse gesetzlich werden.

Kolonialminister Dr. Bell: Das vom Vorredner gewünschte Gesetz ist in Vorbereitung.

Abg. Beumermann (D. Sp.): Die Vergewaltigung unserer Kolonien darf keine dauernde sein.

Abg. Deute (U.S.): Es ist natürlich nur Feindschaft und Provokation, wenn die Entente-Kapitalisten den deutschen Kapitalisten verbieten wollen, zu kolonisieren. Mit der nationalen Ehre hat das nichts zu tun. Wir sind Gegner des kolonialen Gedankens. Dem Dank an die Farmer und Pfleger können wir uns nicht anschließen.

Kolonialminister Dr. Bell: Alle Parteien, die noch Verständnis für nationale Ehre haben, sind einig in dem Protest gegen unsere Vergewaltigung durch die Entente. (Beifall.)

Der Kolonialhaushalt wird erledigt. Es folgt der Haushalt der Reichspost und Telegraphenverwaltung.

Abg. Delius (Dem.) berichtet über die Ausschüßverhandlungen.

Abg. Tauschel (Soz.): Es muß mit aller Energie darauf gedrungen werden, daß bei der Post endlich die alte Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit wieder eintritt. Verwaltung und Betrieb müßten wieder vereinfacht und verbilligt werden nach kaufmännischen Grundsätzen. Alle neuen Erzeugnisse müßten nutzbar gemacht werden.

Abg. Kadon (Str.): Der Minister ist kein Sachmann. Aber deshalb nicht weniger geeignet, reformatorisch in seinem Ressort zu wirken wie seinerzeit Herr von Roddieski. Das Ministerium muß sich der Wohnungsfrage für seine Beamten annehmen. Bei Neubauten von Postgebäuden muß größte Sparamkeit walten. Den Postagenten gebühren größere Bezüge.

Abg. Dr. Pfeiffer (Str.) bespricht die Briefmarken der Nationalversammlung, die von der Konkurrenz noch die erträglichsten gewesen seien.

Unterstaatssekretär Dausche bespricht die Gründe, die zu den Minderleistungen der Post geführt haben, besonders die Verwendung immer schlechter ausgebildeten Hilfspersonals sei daran schuld. Der Verbrauch der Pakete habe man noch nicht Herr werden können. Die Erhöhung der Gebühren habe erfolgen müssen, um den Etat zu entlasten. Man könne wegen dieser Erhöhung allein noch keine Besserung der Leistungen erwarten. Für die Postagenten werden im Etat 1920 Mittel für Zulagen angefordert werden. Bei der neuen Zusammenziehung des Reichsbudgets werden alle Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Dem Familienbetrieb scheuten wir die größte Aufmerksamkeit.

Abg. Delius (D. Sp.): Zu den Beratungen über die Vereinfachung des Betriebes müssen Sachverständige aus den Betrieben hinzugezogen werden. Die Beamtenauschüsse müssen mitwirken zur Hebung des Geistes der Beamtenschaft, zur Wiedererweckung der alten Pflichten. Die alten Beamten, die sich in die neue Zeit nicht finden können, sollten die neuen Pensionsbedingungen benutzen und abgehen. In allgemeinen haben sich die Vorgesetzten schnell in den neuen Geist hineingefunden und arbeiten mit ihrem Personal und den Angestellten auschüssen gut zusammen. (Im Hause sind nur noch einige zwanzig Abgeordnete anwesend.)

Abg. Degler (D.M.) wünscht für die Unterbeamten die Möglichkeit des Aufstieges in die mittleren Stellen.

Unterstaatssekretär Dausche: Das Gesetz über die Aufhebung der Postvorschriften wird dem hohen Hause in kurzen Tagen zugehen. Das Haus verlegt sich hierauf auf Montag 1 Uhr: Gesetzentwurf über das Brauereimonopol, Interpellation über die Leberfrage und anderes. Schluß gegen 6 1/2 Uhr.

Keine Militärlazarette mehr.

Berlin, 11. Okt. Im Haushaltsausschüß der Nationalversammlung teilte Reichsarbeitsminister Schädicke zur Frage des Lazarettwesens mit, daß die Reichswehr künftighin auf eigene Lazarette verzichte. Das ganze Lazarettwesen sei im langsame Abbau begriffen.

Badische Politik.

Der „Bad. Beobachter“ macht ein großes Aufsehen darüber, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Strohan in einer kürzlich in Sigmaringen gehaltenen Rede sich nach einem Bericht der „Hohenollernischen Volkszeitung“ über die Bibel wie folgt ausgelassen haben soll:

„Die Bibel enthält Unwahrheiten, die dem Kinde nicht gesagt werden dürfen, weil es dadurch zur Lüge und Heuchelei erzogen würde; als Beweis führte er eine Stelle über Kain an, die aber gefälscht war. Die Stelle steht nirgends in der hl. Schrift. Weiter verkündete er: Glaubenslehren entstehen und ändern sich. In hundert Jahren wird man lachen über solche Aufstellungen von Religion (wie sie nämlich die Katholiken haben). Ob Jesus gelebt hat oder nicht, ist nicht sicher erwiesen, führte er an mit Berufung auf eine Gesellschaft in der Schweiz. Weihnachten könne man feiern, ohne daß man an Jesus glaubt und von seiner Geburt rehet, als fest in sozialistischem Sinne. Das Kirchengeschehen sei wertlos. Gibt es einen Gott? Was in der Schule gelehrt wird ist nur veraltetes Christentum, es leitet zur Lüge an. Der Schüler muß erogen werden, ohne dogmatische Religion zu leben; der Name Gott gehört nicht in die Schulbücher.“

Wir können augenblicklich nicht nachprüfen, bei welcher Gelegenheit diese Ausführungen gemacht wurden und ob sie in Wirklichkeit so gelautet haben. Wir betrachten sie als ein subjektives Bekenntnis zu einer Sache, über die Jeder denken kann wie er will. Es fragt sich nur, ob es zweckmäßig ist, daß ein Sozialdemokrat diese seine persönliche Auffassung in dieser Weise öffentlich zum Besten gibt. In eine sozialdemokratische Versammlung gehören solche Sachen nicht, denn wir haben uns an das Parteiprogramm zu halten, nach dem Religion Privatfache ist. Wir haben die Heberzeugung sehr vieler anderer Leute zu respektieren, die über diese Dinge anders denken, als oben ausgeführt und denen wir als Menschen die gleichen Rechte zustehen wie uns selbst.

Über das möchten wir dem „Beobachter“ auch sagen: Ebensovienig, wie solche Ausführungen in eine sozialdemokratische Versammlung gehören, ebensovienig gehören auch Herreden gegen den Sozialismus auf die Kanzel. Und in dieser Hinsicht wird auf der Gegenseite weit mehr geäußert wie bei uns.

Die Angst vor der Wahrheit.

In Nr. 229 berichteten wir über eine Schrift, welche an heimkehrende Kriegsgefangene verteilt wurde, betitelt „Was ist in Deutschland geschehen?“ Wie wir hören, wurde die Verbreitung dieser Schrift in den Durchgangslagern bereits verboten und die noch vorhandenen Exemplare eingezogen. Entweder haben also die Alldeutschen ihren Zweck bereits erreicht oder aber die betr. Durchgangslager gehen eigenmächtig vor. Sicher ist, daß man in Militärfreien allen Grund zu haben scheint, die Wahrheit über die Vorgänge des letzten Jahres zu fürchten.

Einschränkung der Lohnverordnungen.

Eintritt des Innern wird augenblicklich die Frage nach einer Einschränkung der Bestimmungen über die Wskhaltung der Lohnverordnungen erwohnen. Es hat die Regierungen veranlaßt, anhand der schon jetzt bestehenden Bestimmungen zu verüben, die Bevölkerung wieder an Ordnung zu gewöhnen. Das be-

zieht sich auch auf die Feberabendstunden, die in Gaimwirtschaf ten vieler Städte und Orte des Landes nicht mehr eingehalten wird.

gr. Der Verband Süddeutscher Industrieller hielt in Karlsruhe seine Hauptversammlung ab, in der Verbandspräsident Dr. Meid über „Industrie und Wirtschaftslage“ sprach. In seinem Referat trat vor allem die hohe Einschätzung der Landwirtschaft hervor, sowie das Bekenntnis, daß die Arbeitsluft im Annehmen begriffen sei. Statt nun aus dieser erfreulichen Tatsache die Konsequenzen zu einer der Arbeiterchaft entgegenkommenden Haltung zu ziehen, konnte sich der Referent es nicht vertragen, allerhand Wendungen gegen Sozialisierungsbestrebungen — Wendungen gegen die Gefahren der freien Wirtschaft, die uns jetzt die ungeheure Leberverwertung brachte, fehlten — und erst gegen das Betriebsrätegesetz einzuschleichen. Daß der Industrie kein Dienst getan wird, wenn man dem Geiste der Zeit so wenig entgegenkommt (auch wenn die Rechte der Privatunternehmer etwas beschnitten werden), dürfte auf der Hand liegen.

Zwei Arbeiten von Abg. Dr. Kraus. Im „Vollstreckung“. Verlag Karlsruhe sind soeben zwei kleine Broschüren erschienen, die unseren Genossen Abg. Dr. Kraus, Redakteur an unserem neugegründeten Heidelberger Parteiblatt, zum Verfasser haben. Die eine Broschüre heißt: „Die neue badische Verfassung, Einführung und Kritik“, die andere Broschüre „Die Arbeiten des ersten Landtags der Republik Baden“. Die beiden Werke liefern reiches Material; mit der von ihm schon immer gewohnten Zielgenauigkeit setzt sich Gen. Dr. Kraus mit seiner Aufgabe auseinander. In leichtverständlicher Weise bringt er in dem einen Werk eine Einführung in die Verfassung, während er im zweiten einen Ueberblick über die umfangreichen Arbeiten des Landtags gibt. Die beiden Broschüren werden jedem Politiker wie auch jedem Staatsbürger und Staatsbürgerin willkommen sein; besonders unseren Genossen und Genossinnen empfehlen wir sie zu eingehender Lektüre. Es kostet jedes Heft 4 Pf., sie werden von jeder Buchhandlung wie auch von unserer Karlsruher Volksbuchhandlung geliefert.

Aus der Partei.

Sozialistische Beamte und Lehrer.

Am Sonntag, 26. Oktober 1919, morgens 10 Uhr, findet im Saale der „Alten Vorden“ zu Karlsruhe, Ecke Hirtel und Mierstraße, die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Beamten und Lehrer statt.

Tagesordnung: 1. Bericht über die bisherige Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft. 2. Endgültige Konstituierung d. Ausbaus des Fachorgans. 3. Verhandlung von Anträgen.

Die Ortsgruppen der Arbeitsgemeinschaften werden aufgefordert, Vertreter zu entsenden.

D. Beck, Eisenbahnsekretär, Karlsruhe, Birkenstr. 11.

Gemeindepolitik.

Ein Mehrheitssozialdemokrat zum Oberbürgermeister in Offenbach gewählt.

In der Stadtverordnetenversammlung in Offenbach a. M., deren Mitglieder vollständig anwesend waren, wurde unser Genosse Theodor Granzin, Leiter des Bundes der technischen Angestellten und Beamten in Berlin mit 26 gegen 24 Stimmen bei Abgabe von zwei weißen Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt. Im ersten Wahlgang erhielten Granzin 17, Glindert (Marx, Dem.) 17, Wittmann (Frankfurt a. M., U.S.P.) 12, Dr. Dullo, der bisherige Oberbürgermeister, 5 Stimmen.

Die Lebensmittelnot auf dem Lande.

H. Grünweidterbach, 9. Okt. Am 27. Sept. fand im Gasthaus zum „Adler“ eine öffentliche Versammlung statt, auf deren Tagesordnung die Ernährungsfrage in unserer Gemeinde. In kurzen aber ernsten Worten legte Gen. Gemeinderat Mattusch der Versammlung die Gründe der Veranlassung dar. Schach nahm er sich diejenigen Landwirte vor, die ihrer Ablieferungs-pflicht nicht nachkommen wollen, und ihre Erzeugnisse nur um Wucherpreise veräußern. Ferner kritisierte er scharf die schlechte Verlieferung der Gemeinde mit Lebensmitteln, vor allem die schlechte Ferkelversorgung. Trotzdem sich hier eine Molke- und Futtererei befindet, ist kein Fett zu erhalten. Schon seit 7 Wochen hat es hier kein Gramm Fett mehr gegeben. Dringend ermahnte Gen. Mattusch die anwesenden Viehhalter, ihre Erzeugnisse doch restlos dahin zu bringen, wo sie auch hin gehören. Eingehend ging er dabei auf die Gefahren eines Bürgerkrieges ein, der unaufhaltsam sein wird, wenn die Zurückhaltung der Lebensmittel von seiten der Landwirte noch größeren Umfang annehmen sollte. Allgemein wurde bedauert, daß seitens der Ortsbehörde niemand vertreten war; es wurde einstimmig beschlossen, die Ortsbehörde sofort zu erjuchen, zu erscheinen. Nach zweimaliger Aufforderung erschienen denn auch die Herren. Gen. Mattusch legte nun nochmals die Gründe der Veranlassung dar. Im Anschluß hieran kritisierte Gen. Senkenhaf scharf das Verhalten des Bürgermeisters in Bezug auf Lebensmittelversorgung. Der Herr Bürgermeister habe anscheinend an dieser Frage wenig Interesse, es sei schon das zweite Mal, daß das Ortsoberhaupt bei solch wichtigen Anlässen durch Abwesenheit abgange. Der Herr Bürgermeister habe allerdings an eigenen Leide noch nicht verpßt, wie Sunger tut. Der Bürgermeister suchte sich hierauf zu entschuldigen mit seinem hohen Alter und der vielen Arbeit. Allgemein kam aber zum Ausdruck, daß bei gutem Willen dennoch mehr zu vollbringen wäre. Gen. Senold erwiderte dem Bürgermeister, daß es vor allen Dingen Pflicht und Schuldbigkeit des Bürgermeisters ist, sich um die Ernährungsfrage zu kümmern. (Wir meinen aber, wenn ein Mann zu alt ist, dann soll er sich eben pensionieren lassen. D. M.) Gen. Gemeinderat Mattusch erklärte sich schließlich bereit, bei maßgebender Stelle vorstellig zu werden, um eine Besserung zu erzielen. Folgende Entschüßung wurde einstimmig angenommen: Die heute den 27. September im Gasthaus zum „Adler“ stattgefundene Versammlung ersucht die Regierung, die Ernährungsfrage in dieser Gemeinde einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, da die hiesige Gemeinde überwiegend aus Industrie-Bewöbnerung besteht. Wir ersuchen die Regierung, in jeder Art mehr Lebensmittel zuzuwenden, da sonst die entstehenden Folgen unübersehbar sind.

Nach einigen Bemerkungen über die Kartoffelversorgung schloß Gen. Mattusch gegen 12 1/2 Uhr die Versammlung.

Gewerkschaftliches.

Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes. Am heutigen Montag beginnt in Stuttgart die 4. ordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, der größten Gewerkschaftsorganisation Deutschlands. Mit größter Spannung sieht man dieser Tagung entgegen, denn der Parteifreie wird ihm den Stempel aufdrücken, wie aus den vorliegenden Anträgen ersichtlich ist, die sich mehr nach dieser Richtung hin bewegen, während die Anträge zum inneren gewerkschaftlichen Ausbau leider weniger Bedeutung er-

legen lassen. Mögen die Verhandlungen zum Nutzen der Arbeiterchaft vor sich gehen.

Mühlensarbeiterstreik in Mannheim. In verschiedenen hiesigen Großmüllereien sind die Arbeiter in den Streik getreten. Sie verlangen gegenüber den bisherigen Löhnen von 100 M. wöchentlich Wochenlöhne von 150 M. Eine Einigung ist bis jetzt nicht zu Stande gekommen.

Katholikentag Karlsruhe.

gr. Man muß es dem Zentrum als politische Organisation des Katholizismus lassen, daß es Verständnis dafür hat, wie man in großangelegten Arrangements die Massen zusammenfaßt. So boten auch die anlässlich des geistigen Katholikentages in Karlsruhe veranstalteten zahlreichen und gut besuchten Versammlungen eine große Bekehrung. Aus der Reihe der Reden seien einige herausgehoben, die ein weiteres Interesse finden dürften. Vor allem ist hier zu erwähnen die Rede des Franziskanerpaters Sigismund über „Christentum und Kapitalismus“, der sich bemühte, herauszuschälen, worin sich der christliche Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung unterscheidet vom sozialdemokratischen Kampf gegen den Kapitalismus überhaupt. Kapital ist nach Ansicht des Redners eine Notwendigkeit, weshalb sich das Christentum darauf beschränke, sich gegen das Bekämpfungswerte im Kapitalismus, das darin liege, daß er Selbstzweck werde, zu wenden. Das Ziel von Christentum und Sozialismus sei in dieser Hinsicht, sofern die Ausartungen des Kapitalismus gemeint sind, ein einziges. Der Unterschied liege jedoch in der Methode des Kampfes. Die sozialistische Bewegung sei auch heute noch bestimmt von den Ideen des Karl Marx vom Determinismus. Die christlich-soziale Bewegung liege dagegen auf der Basis der sozialen Reform, die, wie der Redner in anscheinender Verleumdung der Dinge und Unterdrückung von andersgerichteten Ersetzungen wie noch kurz vor dem Kriege, meinte, durch die Kirche mit der Engländerin Leo XIII. inaugurieren worden sei. Nicht mit Unrecht bekämpfte der Sprecher den materialistischen Geist unserer Zeit, überlief jedoch leider dabei deren tiefere Ursache, nämlich der nackten Not an elementarsten Bedürfnissen nachzugehen. Drei Gedanken waren es in erster Linie, die den Anwesenden mit auf den Weg gegeben wurden: 1. das Zurückbleiben, 2. das Verzichtleistens, 3. innerliche Umkehr durch Solidarität und idealistische Lebensweise, die vor allem dem Mäher und Schiebertum entgegentritt.

Stille Fragen dieser bewegte sich die Rede des Geistl. Rates Hg. Dr. Schöfer, der das Thema „Christentum und Schule“ in entsprechenden Tönen ausprägte. Das Ziel, den Hören Angst zu machen vor den Gefahren, die der Religion drohen, lagte aus jedem Satze hervor. Besonders galt sein Kampf der Philosophie Hegels und dessen Schüler Marx, deren Früchte wir auch im Schulprogramm der badiischen Verfassung sehen würden. Ohne Autorität kein Staatswesen, keine Autorität aber ohne Kirche. So wird die Kirche dem Redner Angelpunkt aller Dinge, auch der Wählerverjüngung, trotzdem zu den schwerelastigsten Kriegsbürokraten in Wien heute zählen, deren Beziehungen zur Kirche nicht gerade sehr entfernte sind. Neben Ermahnungen zur Verjüngung von Stadt und Land, sowie Forderungen nach Gleichberechtigung des gläubigen Katholiken an der Hochschule präzierte dann noch der Redner seine Stellung zur Simultanschule, indem er erklärte, daß seine Freunde nie deren Freunde waren und es auch nie werden, denn sie sei der erste Schritt zur gottlosen Schule. Nachdem wir sie nun einmal haben, haben wir sie hingenommen, weil noch Sicherungen im Gesehe stecken. Wenn man jedoch an diesen Sicherungen dem Jahre 1878 rückte, dann sei die Simultanschule unentzählich und die katholische Schule werde für die katholischen Kinder reamert. Errichte man in Baden öffentliche gottlose Schulen, so werde für die katholischen Kinder die katholische Schule gefährdet. Das Streikrecht müsse in Kraft treten, wenn es sich um die Seelen der Kinder handle. Zum Schluß wandte sich der Redner noch gegen solche Lehrer, die keinen Religionsunterricht ertellen wollen.

Unstreitig die glänzendste Leistung der Parade war eine Rede des Finanzministers Dr. Birch über „Soziale Fragen“ in Verbindung mit politischer Demokratie, die von fortgeschrittensten sozialen Auffassungen getragen war. Scharf gerpflüchte der Redner das hochantike Treiben der bürgerlichen Gesellschaft vor dem Kriege und jetzt, indem er gleichzeitig es ablehnte, die antisemitische Gehe mitzumachen, da am Range und goldene Halb leiter der verschiedenen Klassen nicht abgeleitet seien. Mit gleicher Schärfe wie gegen die Wucherer- und Schiebergesellschaften wandte sich der Redner gegen die Stimmen nach einer zweiten Revolution, die, wie München beweise, eine Herrschaft der Verdreher bringe, der dann eine Herrschaft des Generals mit dem Säbel folge. Wir wollen jedoch keine Diktatur, sondern den Neuaufbau auf dem Boden der gegebenen Tatsachen, auf dem Boden der Republik, auf dem der Redner, wie er besonders betonte, für seine Perion mit vollem Herzen stehe. Zum Neuaufbau ist jedoch eine Revolution der Stimmung, die Erfüllung der sozialen Bedätigung nötig, denn der Staat der Zukunft wird nicht mehr das freie wirtschaftliche Kapital kennen, da wir bestrebt sind, den Arbeiter als bisheriges Objekt im Wirtschaftsprozess zum Mitarbeiter zu machen. Den Weg in die Zukunft weist uns das große Betriebsrätegesetz, das uns helfen soll den Kapitalismus zu bekämpfen. Wer wissen will, wie Kapitalismus Geist ausstieft, der lese das Werk von Versailles an. Gegen Versailles appellieren wir jedoch nicht an die Gewalt, sondern an die Gerechtigkeit, indem wir glauben an die Kulturbewegung des schaffenden Volkes.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß der Katholikentag u. a. an den Papst ein Telegramm richtete, worin der Dank für seine Friedensbemühungen ausgesprochen wurde.

Aus dem Lande.

Durlach.

Aus der Gemeinerversammlung vom 8. Oktober. Herr Gaswertsdirektor Fleisch macht Mitteilung, daß mit Wirkung vom 1. Oktober wieder eine erhebliche Erhöhung der Kohlenpreise eingetreten sei, deren tatsächlicher Umfang offiziell noch nicht feststehe. Die notwendige Folge müsse eine weitere Erhöhung der Gaspreise sein, wenn das Gaswerk nicht mit Unterbrechung arbeiten soll, dabei seien die Auskosten hinsichtlich der Kohlenbezugsung nach wie vor trübe. — Das Hochbauamt schlägt vor, die Beleuchtungsanlage des Rathauses an das elektrische Ortsnetz anzuschließen. Der Aufwand hierfür dürfte etwa 10 000 M betragen. Dem wird zugestimmt und das Hochbauamt beauftragt, Plan und Kostenvorschlag in der nächsten Sitzung vorzulegen. — Die Veterinärliste für den Posten einer Handarbeitslehrerin soll zunächst der Schulkommission vorgelegt werden. — Eine Erhöhung der Grundpreise auf Särge von 25 Proz. wird dem Schneidermeister auf eine diesbezügliche Eingabe zugestanden. Dieser Preis soll mindestens bis zum 1. Januar Geltung haben. — Auch die Gebühren des Leichenpersonals werden erhöht, nachdem dasselbe schriftliche Vorleistung erboben. — Polizeiwachtmeister Albert wird bis auf weiteres mit der Führung der Polizei betraut. — Bezüglich der Kartoffelbezugsung wird festgestellt, daß anscheinend in diesem Jahre eine größere Anzahl Familien versorgt werden müssen, da die Landwirte gegen die Lieferrung auf Bezug ohne und zu den gesetzlichen Höchstpreisen offene und passive Weisung üben. — Infolge erhöhter Belieferung der Schwangeren mit Vollmilch gestaltet sich

der Koffereibetrieb derartig unrentabel, daß seine völlige Einstellung beschlossen wird. Wenn irgend möglich, soll versucht werden, kondensierte Milch als Wintervorrat zu erhalten. — Gleichzeitig wird eine Kommission bestimmt, die sämtliche bis jetzt ausgestellte ärztliche Zeugnisse, auf Grund deren Vollmilch verabfolgt wird, einer Durchsicht unterziehen soll. — Die Bäckermeister sind um eine Erhöhung des Brotpreises eingeschommen, unterstützt durch eine gleichzeitige Eingabe des Bäckergehilfenverbandes, der darauf hinweist, daß die Gehilfen eine Teuerungszulage erhalten hätten, ebenso ist ein Aufschlag der Kohlenpreise eingetreten. Der Preis für 1500 Gramm Brot ist auf 88 Pfa. festgesetzt. Gleichzeitig soll einem Vorschlag der Bäckergehilfen näher getreten werden, die die Schaffung eines Lohnausgleichsfonds aus diesen Verkaufspreisen ansetzt, damit nicht die Meister, welche keine Gehilfen beschäftigen, einen unbilligen Vorteil haben gegenüber jenen, die Gehilfen haben und die Teuerungszulagen tatsächlich bezogen.

Stuttgart.

Sozialdem. Partei. Der auf morgen Dienstag fällige Vortrag findet infolge halber nicht statt. Wir benachrichtigen unsere Mitglieder, daß die nächste Versammlung am Donnerstag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr im „Wilden Mann“ stattfindet. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige und bitten wir um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

a. Beerdigung des Gen. Johann Martin. Unter zahlreicher Beteiligung der hiesigen Arbeiterchaft wurden die Lebereste unseres unbegreiflichen Parteigenossen und alten Kameraden Johann Martin zur letzten Ruhe bestattet. Voran der Arbeitergesangsverein, den er als Gründungs- und Ehrenmitglied angehörte, mit schwarzumfarter Freiheitsfahne. Zwei Trauerlieder wurden dem lieben Freunde als letzter Gruß seinem Gesangsverein gewidmet. Nach Schluß der kirchlichen Zeremonien legte Gen. S. Führer im Namen des Parteibereichs als letztes Zeichen des dauernden Gedenkens ein Kranz am Grabe nieder. In seinem Nachruf hob er noch einmal die unbegreifliche Verdienste, die Gen. Martin sich im Kampfe um unsere freiheitliche Ideen erworben hat, hervor.

Rastatt.

„Zentralverband der Angestellten. Am 4. Oktober wurde die Verhändlung der beiden Ortsgruppen des „Zentralverbandes der Handlungsgehilfen“ und des „Verbandes der Büroangestellten“ vorgenommen. Als 1. Vorsitzender wurde der bisherige Ortsgruppenleiter des „Zentralverbandes der Handlungsgehilfen“, Langhans, gewählt, 2. Vorsitzender wurde Erbacher, Schriftführer Reis und Kassier Fr. Hollstein.

Baden-Baden.

Brennstoffverkauf im Rast. Wald. Das am 18. Oktober zur Einführung gelangende Brennholz aus den Abteilungen V 2 Langenehren, III 8 Raststein und VII 20 Kugelaun muß bei der Kohlenstelle her bezogen werden. Verächtlichkeit werden vor allem diejenigen, die nach Marken von April bis August in den Stammarten haben und kein Holz erhalten konnten. Die Kohlenstelle gibt weiter bekannt, daß zur Vermeidung insbes. auf die Brennstoffversorgung für den kommenden Winter kein Anlaß vorliegt, da in nächster Zeit große Mengen Holz auf den Markt gebracht kommen werden.

Die Dienstzeit der Notariate ist ab 13. Oktober festgesetzt von 8-4 Uhr, Samstag bis 2 1/2 Uhr.

Aus dem Murthal.

Bürgermeisterwahl in Goggenau. Bei der letzten Samstag stattgefundenen Wahl eines Bürgermeisters wurde Stadtd. Kaufmann Schneider-Karlsruhe zum Bürgermeister gewählt. Herr Schneider gehört dem Zentrum an.

Goggenau, Naturfreunde. Am Sonntag veranstaltete die hiesige Ortsgruppe eine Besichtigung der Murthalwerke. Die Führung durch die Forstbäder Anlagen hatte in entgegenkommenderweise die Betriebsleitung selbst übernommen. An der Besichtigung beteiligten sich etwa 60 Mitglieder, die mit großem Interesse den Erklärungen des Herrn Betriebsleiters Cambrano folgten. Am Freitag, 10. Okt., abends 8 Uhr, findet im „Bad Hof“ die Monatsversammlung statt; Herr Lehrer Hörner-Ottenu wird einen wissenschaftlichen Vortrag halten über „Die Abstammung des Menschen und dessen Entwicklung“. Der Vortrag verpricht sehr interessant zu werden, es ist daher eine zahlreiche Zuhörerschaft zu erwarten. Gleichzeitig findet die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung statt, sowie die Beratung der eingelaufenen Anträge hierzu. Der Verein hat im verfloffenen Jahre gute Fortschritte gemacht, er zählt schon an die 200 Mitglieder. Das Erscheinen sämtlicher Winterport treibenden Genossen sowie der unserer Bewegung noch Fernstehenden ist sehr erwünscht; es soll u. a. auch eine Winterportfestion gegründet und die Besorgung veranstaltet werden.

Vom Murgwerk. Infolge der außerordentlichen Wasserknappheit der letzten Woche ist das Murgwerk kaum mehr in der Lage allen seinen Verpflichtungen nachzukommen. An die verbleibenden Abnehmer der Murgenergie ist die Mitteilung ergangen, daß wenn sich die Wasserverhältnisse nicht bessern, mit einem völligen Ausfall der Murgstromlieferung zu rechnen ist.

Offenburg.

Eine öffentliche Warnung. Der Erste Staatsanwalt erläßt in den Rättern des hiesigen Landgerichtsbezirks eine in energischen Worten abgefaßte öffentliche Warnung an alle Bewohner im Stadt und Land, die sich am Schleichhandel beteiligen und Wucherpreise zahlen. Der Staatsanwalt teilt mit, daß künftig die Namen der Schuldigen in aller Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Die Rubr. Die in Nr. 287 erschienene Notiz bezüglich der im Bezirk vorgekommenen Mordfälle (100. davon 18 mit tödlichem Ausgang) bezieht sich auf den bezogenen Bezirk Nr. 61.

Ottensheim bei Lahr, 10. Okt. In Kappel kamen sechs Landwirte zur Anzeige, die über 200 Zentner Brotgetreide und Gerste zu Wucherpreisen verkauft hätten. Das Getreide konnte noch beschlagnahmt werden. Ferner wurde ein Landwirt aus Orschweiler unter dem Verdacht verhaftet, Getreide in das Elßah geschafft zu haben.

Einsteim, 10. Okt. Letzter Tage wurde Schleißhändler und Schieber nicht weniger als 10 Stück Vieh abgenommen. Bei den Schieberen sind drei Handelsleute, drei Landwirte und ein Metzger beteiligt. Ferner wurden durch die Landgenamerte zwei weitere Schleißhändler verhaftet und ihnen Zigarren, Tabak und Fleisch, sowie Gerste und Weizen in großer Menge abgenommen. Bei einem anderen Schleißhändler beschlagnahmte die Gendarmerte 20 Zentner Haber.

Willingen, 12. Okt. Im Schwarzwald ist in den letzten Tagen erneut Schnee gefallen.

Geilsberg, 12. Okt. Auf dem hiesigen Güterbahnhof wurden 800 (!) Schafe beschlagnahmt, die von Vorberg kamen und nach Büßelberg verschoben werden sollten. Der Besitzer der Schafe ist noch unbekannt. Auf Veranlassung der Volkwehre werden die Schafe hier auf die Weide getrieben.

Einstellung des Sonntagsverkehrs. Einige Tageszeitungen brachten die Nachricht, daß auf den Eisenbahnen vom 19. Oktober an der gesamte Personenverkehr an Sonn- und Feiertagen eingestellt werde. Dem Vernehmen nach soll diese Maßnahme voraussichtlich erstmals am Sonntag, den 26. Oktober durchgeführt werden.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 13. Oktober.

Kartoffelversorgung.

„Warum bekommen wir keine Kartoffeln?“ lautet die gegenwärtig am häufigsten gestellte Frage, und die ebenso regelmäßig wie unrichtig und oberflächlich gegebene Antwort heißt: „Weil der Kommunalverband sich nicht die erforderliche Mühe gibt.“ Es herrscht nämlich über die Organisation der Kartoffelversorgung beim Publikum die Meinung, die Kartoffeln würden durch die Kommunalverbände nach Bedarf aufgefauft und an die Verbraucher verteilt. Das ist nicht richtig. — Die Kartoffeln werden durch eine vom Staat errichtete Stelle, die Badiische Kartoffelversorgung, Karlsruhe, Katasterstr. 1 erfasst und durch eine besondere Geschäftsstelle, die sich in Mannheim befindet, in den Landgemeinden aufgefauft und auf die Bezugsbezirke verteilt. Die Bezugsbezirke und Städte erhalten von der Mannheim Geschäftsstelle die Kartoffeln woggenweise zugeteilt, sie sind also nur die Verteiler der ihnen überlassenen Kartoffelmengen. Es können deshalb den Städten auch keine Vorräte gemacht werden, wenn die Kartoffelversorgung ungenügend ist und sich nicht mit der notwendigen Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit vollzieht.

Das Nahrungsmittelamt wird die zur Straßentafeln Zubereitung angemeldeten Kartoffeln mit Nr. 12.— für den Zentner frei Keller berechnen. Es wird jedoch auf Dringendes empfohlen, von der gegebenen Möglichkeit, die Entkernungs-kartoffeln unmittelbar vom Erzeuger gegen Bezahlung zu beziehen, Gebrauch zu machen, da es sehr zweifelhaft erscheint, ob das Nahrungsmittelamt rechtzeitig so viel Kartoffeln erhält, daß es die Kartoffelzufuhren in dem erforderlichen Umfang durchzuführen vermag.

Ergänzung des Bürgerausschusses.

In der Besetzung des Bürgerausschusses sind folgende Änderungen eingetreten: An die Stelle des Gen. August Heile, der sehr Amt als Stadterordneter niedergelagt hat, und der zu Mitgliedern des Stadtrats gewählten Stadterordneten Gen. Schwärz und Frau Kunigunde Fischer treten nach den gesetzlichen Bestimmungen als nächste der gleichen Wahlberechtigung der sozialdemokratischen Partei angehörnde Bewerber mit Umbesetzung bis zu den nächsten Erneuerungswahlen Medaieur und Vorstandsvorsitzender Hermann Eichhorn, Ingenieur Franz Riefer und Regierungsrat Dr. Hans Kampfmeyer, Landeswohnungsinspektor.

Sozialdem. Verein. Mittwoch, 15. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Krone“ Vertrauensmännerversammlung. Vortrag von Gen. Dr. Kullman über: „Die Entwicklung des Rechts seit der Revolution“. Zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossen ist erforderlich. Sozialdem. Verein. — Bezirk Südstadt, Montag, 13. Oktober, abends 8 Uhr, Sitzung des Komitees und der Straßenausschüsse im „Schwarzwälder Hof“, Luisenstr. 57. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Kleingärten. Der Pachtzins für die Kleingärten im Papanengarten wurde für die beiden ersten Pachtjahre auf jährlich 5 M. für den Garten ermäßigt.

Vollschulungskurse. Auf Antrag des Volkshulkehorais genehmigte der Stadtrat, daß auch im bevorstehenden Winterhalbjahr Unterrichtskurse in Schön- und Rechtschreiben, Rechnen, Buchführung und Korrespondenz, Stenographie, Literatur und Französisch veranstaltet werden, an denen schulfähige Personen jeden Alters unentgeltlich teilnehmen können. Es haben sich für diese Kurse insgesamt 419 Personen angemeldet. Die Kurse sollen heute Sonntag beginnen und in der Markgrafenschaule stattfinden. Die damit verbundenen Kosten werden bewilligt.

Eisenbahnerversammlung. In unserem Bericht in letzter Nummer über die Eisenbahnerversammlung im „Apollo“ heißt es, daß die Eisenbahner ein Beschaffungsgeld von 1000 M. für jedes 2. Kind 200 M. fordern. Es muß heißen: ... für jedes 2. Kind 200 M.

Trioabend. Der bekannte Geiger Direktor Hermann Hoff wird am Donnerstag, 16. Okt. 19, im Verein mit Herrn Frh. Braak (Cello) und Frau Sommer-Karrer (Klavier), unter Mitwirkung von Frh. Elise Joos (Soprano), seinen ersten Trioabend im Saale des Hof-Konjervatoriums, Adlerstr. 83, geben. Zur Aufführung gelangen: Trio Camoll, Opus 101 von Brahms, D. Dur., Opus 170 von Beethoven, Opus 116 von Mozart, Wolf, Brahms und Weingartner. Kartenverkauf in der Musikalienhandlung von Fr. Doert, Kaiserstraße 168.

Techn. Hochschule. Von der Techn. Hochschule zu Karlsruhe ist dem Oberregierungsrat Karl O. Hartmann in Stuttgart in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Ausgestaltung des gemeinlichen Fortbildungswesens und seiner erfolgreichen Arbeiten auf kunstgewerblichem Gebiete die Würde eines Doktor-Angenerius ehrenhalber verliehen worden.

Vollschulungskurse. Herr Ried, der seinen Rufus Freiherr von Stein und die Gegenwart“ bereits begonnen hat, bittet um Nichtigstellung der Schreibweise seines Namens.

Arbeiterbildungsverein. Zu einer würdigen Nachfeier zu des Meisters 80. Geburtstag gestaltete sich der Vortrag, den Herr Professor Karl Widmer über „Gans Thoma“ hielt. In wirkungsvoll gedrungener Darstellung gab der Redner ein treffliches Bild von dem Lebensgang und der künstlerischen Entwicklung des Meisters. Die warmherzigen, von Verehrung für Gans Thoma durchdrungenen Worte wurden wirksam unterstützt durch die Vorführung von Werken des Meisters aus den verschiedenen Epochen seiner Kunst im Lichtbild. Und, was diese einfaches Bilder nicht zeigen konnten, das bot eine gut zusammengestellte kleine Ausstellung von Kunstblättern, die die Kunsthandlung C. Büchle veranstaltete. So bot der Abend den Zuhörern einen wahrhaften Genuß. — Am kommenden Sonntag, 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr wird Herr Direktor Hans Blum, der im vorigen Jahre sich durch mehrere Negationsabende für einen Namen gemacht hat, im Saale des Vereins einen Badiischen Dichtertageabend veranstalten, bei dem er Werke alter und neuerer badiischer Dichter zu Gehör bringen wird.

Landesheuer. In dem heute zur Eröffnungsführung kommenden expressivsten Schauspiel „Was“ von Georg Kaiser treten neben den Herren Baumbach und Wülfert als Träger der Hauptrollen noch mit die Damen Frauenborfer, Gattler, Müller und Noormann, sowie die Herren Benedikt, Dapper, Esel, Gah, Gemmede, Herz, Höder, Kienhöfer, Martinelli, Müller, Paschen, Max Schneider, Ulrich Frh und Schab. Das Werk wird von Herrn Kienhöfer inszeniert. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

Tanzabend Zinne Rée. Die von ihrem letzten Auftritte her bestens in Erinnerung lebende Tänzerin Zinne Rée wird am morgigen Dienstag abend 1/2 Uhr im Eintratsaal wieder einen Tanzabend veranstalten, der ein größtenteils neues Programm mit neuen Kostümen bringen wird und somit allgemeine Beachtung finden dürfte, weshalb hiermit auf den vielversprechenden Abend hingewiesen sein soll.

Letzte Nachrichten.

Zwei neue Noten der Entente.

BR. Berlin, 13. Okt. In der Räumungsfrage im Balkan hat die Entente der deutschen Regierung eine Note überreicht, in der es u. a. heißt: Die Alliierten billigen die Schwermüdigkeit der von der deutschen Regierung eingeleiteten Maßnahmen. Nachdem aber die Anordnungen solange aufgeschoben worden sind, daß die deutsche Regierung jetzt behaupten kann, sie sei tatsächlich nicht in der Lage, ihre Anordnungen durchzuführen, ist es schwierig, nicht anzunehmen, daß deren Verzögerungen nicht beabsichtigt wurden, um die Verhältnisse herbeizuführen, welche die deutsche Regierung jetzt zu behaupten vorgibt. Warum wurde General v. d. Goltz, nachdem er erst vor einigen Tagen nach Berlin berufen worden war, absichtlich auf das Operationsgebiet zurückgeschickt? Offenbar doch nur, um mit Hilfe der Autorität seiner Offiziersstellung eine Organisation durchzuführen, die heute der deutschen Regierung gestattet zu behaupten, daß die Truppen bis heute nicht einmarschieren konnten? Hat General v. d. Goltz seinen Instruktionen entgegengehandelt? Wenn das der Fall war, warum ist er nicht wegen seiner Insubordination bestraft worden? Sofern die deutsche Regierung auf diese Fragen nicht genügende Erklärungen als bisher liefert, können die Alliierten nicht glauben, daß die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen gemäß alles getan hat, was in ihrer Macht stand, um alle deutschen Truppen aus den besetzten Staaten zurückzuführen.

Im Hinblick auf diese Frage halten die Alliierten das Prinzip der vollen Verantwortung der deutschen Regierung in der Ausführung des Abtransports aufrecht und wünschen, die in ihrem Telegramm vom 27. September angelegten Maßregeln in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, wenn der Abtransport nicht endlich unternommen und mit wünschenswerter Eile durchgeführt werden wird.

Zunehmend nehmen die Alliierten den Vorschlag der deutschen Regierung an, alliierte Vertreter zu entsenden, um von den Maßregeln Kenntnis zu nehmen, die von ihr getroffen sind und die Bedingungen des Abtransports zu prüfen. Erst wenn der Vorsitzende dieser Kommission dem Obersten Rat mitgeteilt haben wird, daß die Maßregeln des Abtransports normal durchgeführt werden, können die durch das Telegramm vom 27. September vorgezeichneten Maßregeln aufgehoben werden. gen. Marschall Foch.

BR. Berlin, 13. Okt. Der deutschen Regierung ist durch die Waffenstillstandskommission folgende Note überreicht worden:

Auf Befehl des Oberkommandierenden der alliierten Armee habe ich die Ehre, Ihnen zur Weiterleitung an die deutsche Regierung folgende Mitteilung der Friedenskonferenz zu senden:

1. Der Präsident der Friedenskonferenz ist durch die Konferenz beauftragt worden, die neutralen Regierungen von dem durch den Waffenstillstand und die deutsche Regierung auf dem russischen Gebiet auszuübenden Druck zu befreien. Jedes Anzeichen der Widerstandsfähigkeit der Russen wird als Verstoß gegen die Neutralität angesehen, die alle Völker, die den Frieden und die geistliche Ordnung wiederherzustellen wollen, sich vereinigen, um sie zu bekämpfen. In diesem Sinne haben die alliierten und assoziierten Mächte bei Aufhebung der Blockade gegen Deutschland ihren Einverständnis nicht erklart, die Handelsbeziehungen mit dem bolschewistischen Russland wieder aufzunehmen. Unter diesen Umständen haben die a. und a. Mächte die Regierungen Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Hollands, Finnlands, Spaniens, der Schweiz, Mexikos, Chiles, Argentiniens und Columbiens gebeten, im Einvernehmen mit ihnen sowohl die bezeichneten Maßnahmen ergreifen zu wollen, um ihre Staatsangehörigen zu verhindern, mit dem bolschewistischen Russland irgend welchen Handel zu treiben und verschleiern zu lassen, daß sie diese Politik streng durchzuführen werden.
2. Der Oberkommandierende fügt hinzu: Teilen Sie der deutschen Regierung mit, daß die englischen und französischen Kriegsschiffe im finnländischen Golf verbleiben werden, die bolschewistischen Häfen zu blockieren und die nach bolschewistischen Häfen fahrenden Schiffe anzuhalten, sobald sie dieselben auf ihrem Wege in Sicht erblicken werden.

In der ersten Ententenote kommt, wie der „Vorwärts“ schreibt, in den Anlagen, die gegen die deutsche Regierung erhoben werden, die Wirkung der isamlosen, landesverräterischen Denunziationen der unabhängigen Sozialdemokraten zum Ausdruck. Der deutschen Regierung wird eine Verantwortung auferlegt, die sie dem besten Willen nicht tragen kann. Wenn man nicht den besten Willen der Entente annehmen will, Deutschland nicht wieder zur Ruhe kommen zu lassen und es schließlich zu vernichten, so erscheinen diese Note und ihre Vorbedingungen als im höchsten Grade unpolitisch, weil man auch bei den alliierten Regierungen genau weiß, daß ihre gegenüber Soldaten deutscher Nationalität, die sich in fremdem Gebiet und unter fremder Hoheit befinden, keine finanziellen Nachmittel zur Verfügung stehen. Die Blockade gegen Russland muß Deutschland von sich aus ablehnen. Darin wird kein Wunsch eine Unterzeichnung der russischen Sowjetmacht erblicken können. Alle Welt weiß, daß die Sowjetregierung Russlands in erdritter Feindschaft zur deutschen Regierung steht.

Freiburg i. Br., 12. Okt. Die Zentralische Hochschule in Straßburg hat sich angelehnt der immer dröher werdenden Forderungen der Religionen, den Religionsunterricht und die Sprachenfrage veranlaßt gegeben, eine allgemeine Verordnung herauszugeben, nach der alle in Elsaß-Lothringen angestellten Lehrpersonen in den Elementarstufen verpflichtet sind, den nach den bisherigen in Elsaß-Lothringen geltenden Gesetzen zu erteilenden Religionsunterricht in der Muttersprache zu geben. Außerdem ist der deutsche Sprachunterricht wieder mit sieben Stunden wöchentlich in den Lehrplan aufzunehmen. Praktisch bedeutet das die Entfernung der aufstehenden von den französischen Vätern herbeigeholten Lehrkräfte.

Metz, 12. Okt. Der Direktor des Metzischen Journalen M. Demange ist von den französischen Behörden verhaftet worden wegen tendenziöser Artikel in seinem Blatte, die angeblich die Siderität des Staates gefährden. Das Blatt hat in der letzten Zeit mehrere Anträge gegen das französische System in Lothringen gebracht. Verschiedene Blätter melden, daß auch Pierra, der Chefredakteur der „Denkschrift“, verhaftet worden sei. Das trifft nicht zu, da sich Pierra rechtzeitig durch die Flucht der Verhaftung entzog. Dem „Min. Francoise“ zufolge hat sich Pierra an einen unbekanntem Ort begeben.

Manheim, 12. Okt. Die Pfalzzentrale meldet: Bei den Kundgebungen in Kaiserslautern am 8. und 9. Okt. sind infolge der Verhaftung von fünf Arbeitervertretern französische Offiziere und Soldaten verprügelt und ein Offizier schwer verwundet worden. Französische Truppen schossen darauf in die Menge. Ein 19-jähriger Arbeiter wurde durch einen Bedenckauf getötet. Sechs andere Personen, darunter sämtlich unbeteiligte Frauen, wurden mehr oder minder schwer verletzt, davon einige durch Bajonettschüsse.

Paris, 12. Okt. Apence Sabas meldet aus Mainz: Im Saargebiet ist eine fühlbare Entspannung eingetreten. Die Eisenbahnen haben die Arbeit wieder aufgenommen, ebenso die meisten Gruben- und Metallarbeiter. In Saarbrücken herrscht Ruhe. Vereinzelt haben sich in der Umgebung von Saarbrücken Unruhen herabgelassen, wurden aber schnell auseinandergetrieben. Die vorgenannten Verhaftungen haben klar gezeigt, daß die seit mehreren Wochen erwartete Forderung des Werkberufsmäßigster Geber ist, die Arbeit in dem Augenblick ans Werk gehen, als die Ratifikation des Friedensvertrages der Landeshoheit Preußen ein Ende machen sollte.

Saarbrücken, 11. Okt. Als Opfer der Unruhen wurden von der Polizei eine große Anzahl Verwundeter gemeldet. Der „Saarbrücker Zeitung“ sind bis heute 400 Personen genannt worden, bei denen geraubte Gegenstände gefunden wurden. Bei den Kundgebungen wurden Waren aller Art im Werte von 1,5 Millionen Mark den Plünderern wieder abgenommen.

Berlin, 13. Oktober. Am Samstag ist der Berliner Professor für Physik Gen. Dr. Leo Arons im Alter von 60 Jahren gestorben.

Wasserstand des Rheins. Schustermeil: 90 Ztm., gefallen 4 Ztm.; Neßl: 185 Ztm., gefallen 14 Ztm.; Wagn: 245 Ztm., gefallen 6 Ztm.

Briefkasten der Redaktion. S. A. Zum Schönererich ist der, der freiwillig den Transport übernommen hat, nur verpflichtet, wenn er nicht die übliche Sorgfalt walten ließ, um einen Diebstahl zu verhindern. Obriegen möchten wir darauf aufmerksam machen, daß Sie bei Anzeige selbst ein Strafverfahren zu erwarten haben.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik Aus der Partei Gemeindeführer und Reichstagen Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. — Druck und Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Vereinsanztzer. Karlsruhe. (Freie Turnerschaft, 1874, Oststadt.) Dienstag, 14. Oktober, abends 9 Uhr, nach dem Turnen Abteilungsverammlung bei Haus zum „Geora Friedrich. Erscheinen sämtlicher Mitglieder, auch der passiven, unbedingt nötig.

Wichtige Mitteilung für alle Leser des „Volksfreund“

Alle Leser des „Volksfreund“ erhalten gegen Einlieferung des nebenstehenden Guthabens ein Gratis-Probestück der rühmlichst bekannten illustrierten Zeitschrift „Welt und Wissen“. Diefelbe brant von ersten Schriftstellern ern gemeinverständlichen Behandlungen aus allen Wissenschaften. Jedes Heft enthält ca. 20 Artikel, z. B.: Der Mensch in der Pflanzwelt.

„Volksfreund“

— Wenn die Erde erittert. — Wie erhalte ich mich jung. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Kernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvögeln. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Plümiere Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalt. — Verwundene Städte in der Sahara. — Eine Jagd im Unterseeboot usw.

Gutschein für die Leser des „Volksfreund“

An den Verlag „Welt und Wissen“ Berlin-Schöneberg, Am Park 11, Ich bestelle hiermit ein Probestück kostenlos. Name: _____ Ort: _____

Flechten Wunden
oTene Flüsse, Krampfaderleiden heilt sogar in verzweifelt. Fallen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 2,70 u. 5,10 Mk.; überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmungen u. bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei Tatorgen-Laboratorium, Sittkehmen-Rominten 7.
Engroslager bei Leopold Fiebig.

Nachstehende Bekanntmachung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
Offenburg, den 11. Oktober 1919.
Bürgermeisteramt.

Auf Grund der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzblatt S. 807) § 4 ff. wird bestimmt:
Die für Erbsen, Bohnen und Kollrabi geltenden Höchstpreise werden mit Wirkung vom 9. September 1919 ab aufgehoben.
Berlin, den 6. September 1919. 7129
Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende: von Zilly.

Nachstehende Bekanntmachung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
Offenburg, den 11. Oktober 1919.
Bürgermeisteramt.

Auf Grund der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzblatt S. 807) § 4 ff. wird bestimmt:
§ 1.
Der Erzeugerhöchstpreis für Zwiebeln wird bis auf weiteres je Zentner auf 11 Mk. festgesetzt. Dieser Preis gilt für gute marktfähige Handelsware frei verladen in Wagnwagen oder in Schiff.
§ 2.
Diese Bekanntmachung tritt mit dem Beginn des 5. September 1919 in Kraft.
§ 3.

Die Bekanntmachung vom 16. August 1919 (Reichsgesetzblatt S. 159 vom 21. August 1919) tritt mit dem gleichen Tage, soweit sie sich auf Zwiebelpreise bezieht, außer Kraft.
Berlin, den 2. September 1919. 7128
Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende: von Zilly.

Ansiedelungsmöglichkeiten

bieten sich für
Kriegsbeschädigte
**** Bauern ****
Gewerbetreibende
Land-, Industrie-
Arbeiter usw.
durch die

Badische Siedelungs- und Landbank a. m. h. H.
Fernsprecher 5091 **Karlsruhe** Kriegstrasse 184
Gemeinnütziges vom Staate, landw. Körperschaften, Städten und Kreisen begründetes Siedelungsunternehmen.

Siedelungsbewerber meldet Euch sofort!
Holzbaracke
mit einem Flächeninhalt von 150 qm, Mittelteil zweiflüchtig mit doppelten Wandungen am Südwestecken des Karlsruhe-Heinrichs zu verkaufen.
Angebote an die Gemeinnützige Holzvertriebs-Gesellschaft m. b. H. Karlsruhe-Heinrichs, Berthstraße 111 erbeten. 7076

Obstversorgung.
Die Inhaber der Bezugsgene für Tafelobst von 120-220 Löhnen von heute nachmittags ab und Montag ihr bestelltes Obst in Empfang nehmen. Zahlung hat zuvor Kornstraße 4, Zimmer Nr. 4 (Kommunalverbandsrechnung) zu erfolgen.
Offenburg, den 11. Oktober 1919. 7121
Kommunalverband Offenburg-Stadt.

Ernst Marx
Luisenstr. 58 und Georg Friedrichstr. 32
— Fernruf 3086. —
Soeben eingetroffen:

1 Waggon Steingut
als 7192
Wasch - Garnituren, Küchen - Garnituren, Salatiere, Teller, Tassen, sowie Bier- und Weingläser, Zylinder, Karbidlampen.

Gebisse werden nur Dienstags angekauft, per Bahn 3 Mk. 6920
Karlsruhe 37, part.

Zigaretten 100 Stück 10 Mk., gibt ab
Nest, Gräseling.

Eisern. Kinderbett, gut erhalten, bill. zu verkauf.
Blum, Berderstr. 72, part.

Junger Wolfshund auf den Namen Wolf hörend, entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben.
Brunnenstraße 3 a.

Schwerhörigkeit Anstunft umsonst bei Ohrgeschw., nerv. Ohrschmerzen. Übung. Anrechnung.
Vars. Medika 1b München S.W. 7.
Wo könnte eine Frau das Weisheiten (Fäden) gründlich lernen gegen Verungung der Maschine.
Luisenstr. 51. S. p. 7121

Der Plan über die Herstellung unterirdischer Telephonlinien in Karlsruhe liegt beim Telephonamt Karlsruhe von heute ab 4 Wochen aus. 7117

Karlsruhe (Baden), den 10. Oktober 1919. Ober-Postdirektion.

Stärke
Wäsche
besorgt bei acht tägiger Lieferzeit
Dampfwalchanstalt
Schorpp

Annahme - Stellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 5, Kaiserstrasse 84 u. 243, Garwigstrasse 46, Amalienstrasse 15, Waldstrasse 64, Wilhelmstrasse 32, Augustastrasse 13, Schillerstrasse 18, Kaiseralle 37, Gabelbergerstrasse 1, Rheinstrasse 18.
Durlach:
Hauptstrasse 15.

Ein ordentl. Mädchen vom Lande, 22 Jahre alt, welches selbst Kochen und die Haushaltung versehen kann, sucht sofort oder später Stellung. Offerten mit Lohnangabe an J. Steinlöhner, Karlsruhe, Artikel 13, III.

Für meine Lehnanstalt suche ich
Flügel u. Pianinos
zu kaufen and erbitte Angebote. Ludwig Schweidgutt Karlsruhe 7112 Erbprinzenstrasse 4.

Sogitrot, Jazz, Ouefep, Twostep, Boston, Hiawatha Contre, Quadrille, Bolero und alle alten und neuen Tänze lehrt das **Neue Tanzlehrbuch** mit vielen Abbildungen M. 4.50, Klavieralbum mod. Tänze 12.10, Güter Ton und seine Säfte, Geschenkwert 6.25, Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3.20, Taschenbuch des allgemeinen Wissens 4.40, Bekämpfung d. Schädlichkeit 3.35, Die Kunst des Gejallens 6.40, Liebesbriefsteller 3.20, Mod. Weg zur Ehe 3.35, Jede Dame ihre Freundin 3.10, Traumbuch 2.65, Klavierschule 7.40, Bi. Linschule 6.50, Schön-schreibschule 4.40, Privat-u. Geschäftsbriefsteller 6.—, Rechtschreibung Duden 7.15, Auffgabschule 6.60, Fremdwörterbuch 6.60, Richtig Deutsch 6.60, Wir oder mich 2.—, Englisch 6.60, Französisch 6.60, Italienisch 6.60, Römisch 6.60, Ungarisch 6.60, Polnisch 6.60, Russisch 6.60, Spanisch 6.60, Buchführung 6.60, Handelskorrespondenz 6.60, Handelslehre 5.50, Kontopraxis 5.60, Bankwesen 6.60, Rechtsformularbuch 6.60, Bürgerliches Gesetzbuch 6.60, Rechtslehre 6.60, Handelsbuch für Kaufleute 16.—, 8000 Chem.-technische Rezepte zu Handelsartikeln 16.—, Schiffspreisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft 13.35, Wärtner's Lehrbuch für Anfänger 11.—, Gegen Nachnahme, L. Schwarz & Co., Berlin, E. 14 a, Annenstr. 24. 7114

Daniels
Konfektions-Haus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Plüschgarnituren
Billigste Preise.

Soziald. Verein Karlsruhe. Frauen-Sektion.

Donnerstag, den 16. Oktober 1919, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Krone“, Ludwigplatz
Frauen-Versammlung.
Vortrag über:
„Die Volksschule im Volksstaat.“
Redner: Hauptlehrer Gen. Haebler.
Um zahlreichem Besuch bittet
Der Vorstand. 7126

Musikverein Harmonie.
Montag, den 13. d. M., abends 8 Uhr
Probe.
7118
Samstag, den 18. d. M., abends 7/8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Kaffee Mah. Der Vorstand.

Gesangverein „Harmonie.“
Heute Montag, den 13. ds. Mts., abends 7/8 Uhr
Tanzstunde
im „Schrempf'schen Bierkeller“, Beierheimer Allee.
Anmeldungen werden dafelbst entgegen genommen.
7131 Der Vorstand.

„Selbsthilfe“
Bereinigung der anshilfsweise Angestellten (eingetrag. Verein) Karlsruhe.
Am Mittwoch, den 15. Oktober ds. J., abends 7/8 Uhr, findet im Saale des „Elefanten“, Kaiserstrasse, eine
außerordentliche
General-Versammlung
unserer Mitglieder statt.
Tagesordnung: 1. Sahnungsänderungen. 2. Die Mitgliedslisten sind am Saaleingang vorzugeben.
Karlsruhe, den 11. Oktober 1919. 7116 Der Vorstand.

Hansa-Bund
für Gewerbe, Handel u. Industrie Ortsgruppe Karlsruhe.
Hierdurch laden wir unsere Mitglieder zu einer
Hauptversammlung
ein, welche Freitag, den 17. Oktober, abends 6 Uhr, im Concordiasaal des Restaurant Moninger stattfindet.
Tagesordnung:
1. Neuorganisation der Ortsgruppe
2. Wahl des Vorstandes. 7103
Der Vorstand.

Kartoffelversorgung betr.
Von einzelnen Landwirten werden für einen Pentner Spätkartoffeln 15 Mk., 20 Mk. und noch mehr gefordert. Diese Preise überschreiten nicht nur den auf 7.50 Mk. festgesetzten Höchstpreis um ein beträchtliches sondern stellen zudem einen geradezu schamlosen Wucher dar, zu dem Zweck, die notleidende Bevölkerung auszunutzen.
Wir richten deshalb an die Bevölkerung das dringende Ersuchen, derartige Wucherer sofort dem Bezirksamt, der Staatsanwaltschaft oder der Gendarmerie zur Anzeige zu bringen, damit sie der verdienten Strafe entgegengeführt werden können.
Die Bevölkerung selbst aber ersuchen wir unter besonderem Hinweis auf die eigene Strafbarkeit ebenfalls dringend, nicht durch das Anbieten derartiger Preise die Käufer zu steigern und die Erwartung noch höherer Preise zu wecken. Dadurch wird die geordnete Ablieferung der Kartoffeln zum festgesetzten Höchstpreis unmöglich gemacht.
Die diesjährige Kartoffelernte, die jetzt erst in vollem Gange ist, ist durchaus zufriedenstellend, sobald bei Befolgung obiger Mahnung die Versorgung der städtischen Bevölkerung sichergestellt ist.
Wir werden gegen Landwirte, die ihrer Ablieferungspflicht nicht genügen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen.
Karlsruhe, den 9. Oktober 1919.
7120 Bezirksamt O. J. 268

Aufhebung der Beschlagnahme von Schmiermitteln betreffend.
Auf Grund der die wirtschaftlich Demobilisierung betreffenden Beschlagnahme wird nach Maßgabe des Erlasses betreffend Aufhebung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 28. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 438) folgendes bestimmt:
Die Beschlagnahme des Reichsministeriums vom 7. September 1918 Nr. B. St. L. 1854/8 16 KRA, betreffend Beschlagnahme von Schmiermitteln (Mitsam-einer 1918, Nr. 211) und die Nachtragsbeschlagnahme des Reichsministeriums dazu vom 11. Dezember 1918 (Mitsam-einer 1918 Nr. 291) treten mit dem Zeitpunkt der Verkündung dieser Beschlagnahme außer Kraft.
Berlin, den 11. September 1919. 7119
Der Reichswirtschaftsminister.
Schmidt.

Forthende Beschlagnahme bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis. O. J. 266
Karlsruhe, den 4. Oktober 1919.
Bezirksamt — Polizeidirektion.

Den Gehammnen erricht in der Frauenklinik zu Heidelberg betr.
1. Der Unterricht an der Gehammenschule in Heidelberg beginnt am 1. November und dauert neun Monate.
2. Die Beherrschenden haben der unterzeichneten Direktion nachstehende Atteste vorzulegen:
a) einen Geburts- oder Taufschein, wobei wir bemerken, daß unter 20 Jahre alte Personen zurückgewiesen, über 30 Jahre alte aber nur dann zum Unterricht zugelassen werden, wenn denselben vom Ministerium des Innern Altersminderheit erteilt worden ist.
b) ein Zeugnis des Bezirksamtes über körperliche und geistige Befähigung zum Gehammendienste.
c) ein Zeugnis des Bezirksamtes.
3. Die von Gemeinden zum Unterricht entsendeten Personen haben außerdem eine Bescheinigung vorzulegen, daß die Gemeinde die Unterrichtsosten übernimmt.
4. Personen in gewissen Umständen werden in den Kursus nicht aufgenommen oder doch sofort entlassen, nachdem deren Zustand erkannt worden ist.
5. Das Honorar für Unterricht (einschließlich des Lehrbuches), Wohnuna, Verpflegung, Heizung und Beleuchtung beträgt 735 M. für jede Schülerin und ist gleich bei der Aufnahme zu entrichten.
6. Eine Schülerin, welche freiwillig austritt oder entlassen wird, kann nur die Aufzuchtgebühren beanspruchen.
Heidelberg, den 28. September 1919. 7004
Die Direktion der Frauenklinik.

Vorstehende Beschlagnahme bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis. O. J. 265
Karlsruhe, den 9. Oktober 1919.
Bezirksamt — Polizeidirektion.

Getreideauswahlung betr.
Die die Meißgetreideauswahlung betreffend, wird der Mindestlohn, bis zu dem die zur Grobmehlherstellung bestimmten Mengen an Weizen- und Gerste auszuwählen sind, vom 16. Oktober 1919 ab herabgesetzt; er beträgt bei Weizen 82% (bisher 91%), bei Weizen 80% (bisher 94%) und bei Gerste 75% (bisher 85%).
Karlsruhe, den 10. Oktober 1919.
Das Bürgermeisterrat.

Pferdebestellung in Brandfäulen.
Alle Pferdebesitzer werden unter Hinweis auf § 7 Ziffer 6 der Feuerlöschordnung für die Stadt Karlsruhe hierdurch aufgefordert, im Falle eines Feueralarms ihre zur Verfügung stehenden Pferde nach dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden. Für die Dauer der Hilfeleistung wird die ordentliche Veranlagung gewährt. Außerdem werden für die am schnellsten an den Feuerhäusern eintreffenden Pferde besondere Prämien bezahlt.
Diese betragen:
für das erste Pferd 7.50 Mk.
für das zweite Pferd 5.—
für das dritte Pferd 4.—
für das vierte Pferd 3.—
für das fünfte, sechste, siebente u. achte Pferd je 2.50 Mk.
Es werden benötigt:
am Feuerhaus, Artikel 6 . . . 5 Paar Pferde
Rebelstraße 5 . . . 5
Reinoldstraße . . . 2
Rebenstraße . . . 2
Mühlburgerstraße 3
Die Pferdebesitzer machen sich durch Nichtbefolgung dieser Aufforderung nach § 114 Ziffer 4 des Badischen Polizeistrafgesetzes und der §§ 300^a und 389 Ziffer 8 des Reichsstrafgesetzes strafbar.
Karlsruhe, im März 1919. 2128
Der Stadtrat.

Zahlungs-Aufforderung.
Das vierte Quartal der Vermögenssteuer, Einkommensteuer und Beförderungsteuer, der damit zu entrichtenden Gemeindefürsorge, die zweite Hälfte der Handelstammerbeiträge müssen bis spätestens 14. Oktober entrichtet werden. Vom 15. Oktober an werden Verzugsgebühren und vom 22. Oktober an Pfändungsgebühren erhoben. Gemahnt wird nicht.
Man zahle bargeldlos.
Karlsruhe, den 9. Oktober 1919.
Hauptsteueramt — Finanzamt.

Kastatt. Rechtsanwaltsstelle.
Sprechstunde: Mittwoch nachmittags von 4—6 Uhr.
Kaiserstraße 69, 2. Stod.

Badisches Landestheater.
7111 Montag, den 13. Oktober 1919.
Zum erstenmal:
Gas. 7111
Schauspiel in fünf Akten von Georg Kaiser.
Anfang 7 Uhr. Mk. 4.50 Ende geg. 10 Uhr.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz.
77. Dankagung.
An Spenden für das Rote Kreuz sind aus der Stadt Karlsruhe in der Zeit vom 1. Juli bis 30. Sept. 1919 weiter abgeliefert worden von: Professor Lang (für Juli—September) 30 Mk., Ungenannt (durch die Sammelstelle) 5 Mk., Anteil am Gehaltsabzug der Beamten und Lehrer für Juni 13.50 Mk., Anteil an den städt. Hausammlungen für Mai und Juni 29 Mk., Frau S., Bute 10 Mk., Pädagogium (Schüler) 1.50 Mk., zusammen 89 Mk. 7113
Für alle Gaben herzl. Dank.

Freunden eines humoristischen Lesestoffes empfehlen wir
Die badischen Kleinstadt-Geschichten
unseres Mitarbeiters
Gen. Ferdinand Madlauer:
„Steinacher Lent“.
Seben erschienen im Verlag Reuß & Zita, Kautanz, Preis Mk. 3.50 geb. Zu haben in allen Buchhandlungen, auch Volksbuchhandlung, Adlerstraße 16. 6977

Sünde
wäre es heute, alte, zerbrochene
Zähne und Gebisse wegzutwerfen!
ich bleibe nur
Montag und Dienstag in Karlsruhe
und zahle noch nie dagewesene **15 Mk.**
Preise, pro Zahn bis 2, 4, 8 und 15 Mk.
für Platinabfälle, Brennstoffe, Schmelz-siegel pro Gramm 40 Mk.
Eintauf: Nur Hotel Friedrichshof, Nähe Marktplatz, 1. Stod. Von 9—6 Uhr ununterbrochen. (Ungenerierter Eingang.) 7058

Vergrößerungen
in erstklassiger Ausführung, auch nach schlechten Vorlagen, liefert Ihnen
Samson & Co.
Atelier für moderne Photographie.
Kaiserpassage 7 Ruf 547.
Aufnahmen jeder Art in nur bester Ausführung.

Schreib-Maschinen-
Reparaturen und Reinigung.
Reelle Bedienung und billige Preise. 8534
Karl Hafner, Karlsruhe i. Baden
Amalienstraße 53. Telefon 1326

Gute Existenzen.
Väterlein zu M 98 000—110 000 u. 125 000 M.
Konkurrenz m. H. Kaffee 110 000
Spezialgeschäft, sofort bezugsbar, 60 000
Haus mit gutem Ladengeschäft 150 000
Bäckerei m. Gebäckhaus 95 000
Geschäftsgang m. Laden, Nähe Hauptpost 400 000
Bau-u. Papierwarengeschäft 150 000
Edelware, für Pragerie geeignet, 165 000
Sattlerei, gr. Landort Nähe Karlsruhe, 33 000
Brennerei, 65 000
Wirtschaft m. 12 Morgen Feld, 2 Kühe, 55 000
Wirtschaft m. Kleinverlauf, Spez.Gesch. 200 000
Haus m. Pajamentiergesch. 160 000
Haus m. Pajamentiergesch. 68 000
Schuhmachergeschäft m. Laden M 115 000 u. 135 000
M. Busam, Liegenschaftsbüro,
Herrenstraße 38.

Mehrere tücht. Schneider
für erstklassige Maharbeit bei höchsten Löhnen
und dauernder Beschäftigung gesucht.
Frig Schoel, vorm. Julius Volkerer G.m.b.H.
Keruluf 267 Offenburg Hauptstr. 64
Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung.

Landwirte, Knechte u. Arbeiter
bei hohem Lohn und guter Kost gesucht.
Arbeitsnachweis der bad. Landwirtschaftskammer
Karlsruhe, Stefaniustraße 45. 6732